:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 17.1.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Kein NPD-Konto in Boizenburg

LÜBECK. Der NPD-Kreisverband Westmecklenburg darf sein Konto bei der Raiffeisenbank Lauenburg noch bis März behalten. Darauf einigte sich die rechtsextreme Partei am 3. Januar mit dem Geldinstitut vor dem Lübecker Landgericht. Die Raiffeisenbank hatte der NPD das Konto gekündigt – ohne Begründung und mit sechs Wochen Kündigungsfrist. Seit sieben Jahren unterhält der NPD-Kreisverband Westmecklenburg in Boizenburg die damit gekündigte Bankverbindung. Gegen die Auflösung klagte der NPD-Landesverband. Doch im April ist damit erstmal Schluss!

Nach seiner Kündigung hatte der Kreisverband Westmecklenburg zunächst bei der Sparkasse Schwerin ein neues Konto eröffnen wollen – ohne Erfolg. Die Sparkasse beruft sich ebenso wie die Raiffeisenbank auf ihre Vertragsfreiheit. Die NPD wiederum macht das Diskriminierungsverbot geltend. Dennoch scheint die Strategie der Kreditinstitute erfolgreich, mit dem Verweis auf die Vertragsfreiheit der Partei die Konten zu verweigern. Die NPD sei keine schützenswerte-, sondern lediglich eine juristische Person, so Richter Eckehart Laske im Rechtstreit vor dem Lübecker Landgericht. Zum anderen bezweifelte er, dass die privaten Institute überhaupt Verpflichtungen zur Grundversorgung haben. Vielmehr könne sich jede Bank aussuchen, mit wem sie Geschäfte mache, eine gefährliche Argumentation, die auf alle unliebsamen Vereine und Geschäftspartner ausgeweitet werden kann.

Der Rechtsvertreter der NPD gab zu bedenken, dass es der NPD kaum noch gelänge, ein Konto zu eröffnen, zumal ein Rechtsstreit um ein Konto sich bis zu drei Jahren hinziehe, so der NPD-Anwalt und Landtagsabgeordnete der NPD in Mecklenburg-Vorpommern Michael Andrejewskis. Er vertritt den klagenden NPD-Landesvorsitzenden Stefan Köster. Im März 2008 entscheidet das Lübecker Gericht im aktuellen Verfahren, danach steht allen Parteien der weitere Rechtsweg offen. *kun* ■

Aus dem Inhalt:
Freie Fahrt für Zug der Erinnerung! 3

www.arbeiterfotografie.com

Mahnwache vor der ehemaligen Villa Schröder in Köln am 4. Januar, wo sich auf Einladung des Hausherrn, eines Kölner Bankiers, der ehemalige rechtskonservative Reichskanzler Franz von Papen mit Adolf Hitler, dem Chef der NSDAP getroffen hatte, um dessen Regierungsübernahme vorzubereiten. siehe S. 8

Wahlkampfzeitung der niedersächsischen NPD mit Internet-Link zu Neonazi Christian Worch

von Thomas Klaus

Hannover. Mit der neuesten Wahlkampfzeitung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), die nach NPD-Angaben in den nächsten Wochen flächendeckend verteilt werden soll, nehmen die Rechtsextremisten ihre Biedermann-Maske ab. Die vierseitige Publikation „Gemeinsam für Niedersachsen“ ist als Beitrag zu den Landtagswahlen am 27. Januar gedacht, bei denen die vom Verfassungsschutz beobachtete Partei antritt.

Offiziell nennen sich die NPD und ihr Spitzenkandidat Andreas Molau gerne „Partei des Rechts und der Ordnung“ und „wahre Demokraten“. Doch in der neuesten Wahlkampfzeitung findet sich ein ausführliches Interview mit Matthias Behrens. Er vertritt die so genannte Freie Kameradschaft „Snevern Jungs“ aus Schneverdingen nahe Soltau. Laut niedersächsischem Verfassungsschutz ist das Zusammenspiel mit den „Freien Kameradschaften“ ein „entscheidender Faktor für die Aufwärtsentwicklung der NPD“. Dem Verfassungsschutz zufolge gehören zu den „Freien Kameradschaften“, die lose organisiert und miteinander vernetzt sind, neben den Angehörigen neonazistischer Kameradschaften auch Einzelpersonen, die als Neonazis agieren. Die Ausrichtung dieser Szene werde von der „Verherrlichung der NSDAP und des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte sowie der kultischen Verehrung führender Personen der NS-Ära“ geprägt, ergänzt der bremische Verfassungsschutz.

In dem Interview von „Gemeinsam für Niedersachsen“ mit Matthias Behrens wird zur Wahl der NPD aufgerufen und das Bündnis begründet, das zahlreiche „Freie Kameradschaften“ mit der ultrarechten Partei eingegangen sind.

Klicken Interessenten auf die Internetadresse, die zum Abschluss des Gespräches abgedruckt ist, werden sie mit diesen markigen Worten begrüßt:

„Volksgenosse und Volksgenossin, hilf mit, eine sozial gerechte, untrennbare deutsche Volksgemeinschaft über alle Klassen und Stände hinweg zu schaffen! Schaffe mit uns eine neue nationale Erhebung!“

Außerdem stoßen die Interessenten unter anderem auf den Link zum Internetauftritt von Christian Worch. Der Hamburger, der mittlerweile zur Wahl der NPD aufruft, *weiter Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1
Wahlkampfzeitung der NPD mit Internet-Link zu Worch:

gilt als einer der führenden offen auftretenden Neonazis Deutschlands. Er ist seit drei Jahrzehnten – unterbrochen durch zwei Haftstrafen – in Gruppen und Organisationen aktiv, die sich unverblümt für die Wiedererrichtung eines nationalsozialistischen Regimes aussprechen.

Worchs Karriere als Neonazi hatte 1978 begonnen. Damals marschierte er zusammen mit dem damaligen Neonazi-Guru Michael Kühnen und anderen Kameraden schwarz uniformiert durch die Innenstadt von Hamburg – mit Eselsmasken und Schildern, auf denen stand: „Ich Esel glaube noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden“. Die organisierende „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ wurde später verboten.

In den Folgejahren betätigte sich Christian Worch zum Beispiel auch als stellvertretender Vorsitzender der „Nationalen Liste“, die ebenfalls bald darauf für illegal erklärt wurde.

Thomas Klaus ■

Kein Grund zur Entwarnung – im Gegenteil

Berlin. Die Zahlen rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten waren im Jahr 2007 unverändert hoch. Im statistischen Schnitt wurden bundesweit stündlich 2 ½ Straf- und täglich 2 ½ Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert.

Diese Zahlen sind vorläufig, sie stapeln tief und sie erfassen damit nicht das wahre Ausmaß rechtsextremer Exzesse inmitten der Gesellschaft, und zwar in Ost und West, in Nord und Süd.

Breiten Raum nehmen ebenfalls antisemitische Haltungen und Taten ein. So wurde in den vergangenen fünf Jahren – wiederum im Bundesschnitt – Woche für Woche ein jüdischer Friedhof geschändet.

Nach wie vor müssen jüdische Einrichtungen, seien es Synagogen, Schulen, Kindergärten oder Feste besonders geschützt werden.

Wie das Bundesinnenministerium des Innern angesichts dieser Fakten zu dem Schluss kommt, rechtsextremistische Straftaten seien 2007 um nahezu zehn Prozent gegenüber 2006 zurück gegangen, bleibt das Geheimnis des BMI. Zumal offenbar wurde, dass sich ganze Bundesländer schön rechnen.

Offizielle Schönfärberei hilft nicht.. „Wir brauchen stattdessen eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Denn nur wenn die Analyse stimmt, können auch Gegenstrategien stimmig werden.“, so Petra Pau, stellv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss.

PM Berlin, 27.12.2007 ■

Ein Kreuz fürs Oberland

Lindlar. Als 17-Jähriger kämpfte er bei der deutschen Wehrmacht „in Italien für Heimat und Vaterland“. Nach dem 2. Weltkrieg engagierte er sich bei den sog. „Vertriebenenverbänden“. Der gebürtige Oberschlesier Georg Beier, der heute in Lindlar lebt, gehörte dem Vorstand der Kreisgruppe Oberberg und dem Landesvorstand an. Ende der 90er Jahre war Beier Vorsitzender des Kreisverbandes Rheinisch-Bergischer-Kreis des „Bund der Vertriebenen“.

Von der „Landsmannschaft der Oberschlesier“ wurde Beier bereits mit der silbernen Ehrennadel ausgezeichnet, vom „Bund der Vertriebenen“ mit der goldenen Ehrennadel gewürdigt.

Am 20. Juni 2007 bekam Beier im Gummersbacher Kreishaus von Landrat Hagen Jobi (CDU), ebenfalls Aktivist des „Bund der Vertriebenen“, die Bundesverdienstmedaille überreicht. Zu den Gratulanten gehört auch das extrem rechte „Freikorps und Bund Oberland“. In ihrer Zeitschrift „Der Oberländer“ heißt es zu Beier: „Seine Heimat war und bleibt Oberschlesien und seine Gesinnung ist die des Freikorps und Bund Oberland, dem er sich eng verbunden fühlt“.

„Lindlar“, so „Der Oberländer“, kann mit Recht stolz auf Georg Beier sein und wir Kameraden schätzen und danken ihm für seine Treue zum Bund Oberland“. *hma* ■

Nazi-Demonstration gegen Überwachung

Pulheim. Völlig ungehindert konnten am Samstag, den 29. Dezember, etwa 60 Nazis aus dem Spektrum der „AG Rheinland“ im Stadtzentrum von Pulheim eine Demonstration gegen „Repression und Überwachung“ durchführen.

Grund des braunen Auflaufs, der von „Nationalen Sozialisten“ aus dem Ruhrgebiet personell unterstützt wurde, waren die kürzlich stattgefundenen Hausdurchsuchungen bei Aktivisten der „Autonomen Nationalisten Pulheim“ (ANP). Außerdem wurde die Videoüberwachung in der Pulheimer Innenstadt kritisiert. In den Tagen zuvor waren in Pulheim Flugblätter der nazistischen „Aktionsgruppe Rheinland“ verbreitet worden, in der ein „Ende der Überwachung“ gefordert wurde. Als Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes für dieses Flugblatt wird Ronny Schrader aus Gummersbach-Dieringhausen angegeben.

Bereits im Dezember hatte die Kölner VVN-BdA einen Antrag an die Landesdelegierten-konferenz der VVN-BdA in NRW beschlossen, in dem das Verbot und die Auflösung der Nazigruppe „AG Rheinland“ gefordert wird. So sei es „für Demokrat(inn)en nicht hinnehmbar, dass Neonazis ihre Umgebung terrorisieren, Drohungen gegen demokratische Kräfte ausstoßen und Menschen bei Überfällen verletzen“. Da es sich bei der „AG Rheinland“ um einen „losen Zusammenschluss ohne nach außen sichtbare Organisationsstruktur“ handele, so die Kölner VVN-BdA, könne „der Landesinnenminister ein Verbot verhängen und durchsetzen“. *abk* ■

Die Rückkehr der Mönche

Monschau. Die Lefebvre-Anhänger von der „Priesterbruderschaft St. Pius X.“ haben das Gut Reichenstein bei Monschau in der Eifel erworben. 2010 sollen dort Benediktinermönche aus dem Kloster Bellaigue in Frankreich einziehen. Vom Kloster auf Gut Reichenstein aus sollen künftig katholische Gläubige in der Eifel und im Monschauer Land „seelsorgerisch betreut“ werden, so der „Distriktobere“ der „Priesterbruderschaft“. Bisher verfügte diese in der Region über eine Kapelle in Aachen und wirkt auch im Raum Euskirchen. Erwogen wird auch die Eröffnung eines Klosterladens. Der Kaufpreis des Anwesens wird auf etwa 4 Millionen Euro geschätzt. Woher das Geld für den Kauf kommt, ist rätselhaft. Bei früheren Immobilienkäufen der „Priesterbruderschaft“ sollen Mitglieder des deutschen Hochadels als Sponsoren aufgetreten sein.

In Monschau scheinen kritische Stimmen rar. Die Stadtverwaltung scheint erfreut zu sein, dass in das unter Denkmalschutz stehende und schon früher als Kloster genutzte Gebäude wieder Leben einzieht. Lediglich die beiden Vertreter der SPD stimmten gegen den Verkauf an die rechte „Priesterbruderschaft“. Die „Grünen“ zogen sich aufs Baurecht zurück. Eine theologisch-inhaltliche Bewertung stehe ihnen nicht zu.

Pfarrer Michael Stoffels machte auf „durchsichtige Täuschungsmanöver“ aufmerksam. Mit ihrem Einsatz für die lateinische Messe sollen unbedarfte Katholiken geködert werden. In Wahrheit nutze die „Priesterbruderschaft“ den Priestermangel und die schwierige Situation des katholischen Bistums Aachen aus, um ihre „reaktionäre Grundeinstellung“ unters Volk zu bringen. Noch in diesem Jahr sollen die Restaurierungsarbeiten auf Gut Reichenstein beginnen.

hma ■

Hunderte Eintragungen in den Gästebüchern des Zuges

GÖTTINGEN. Vier Wochen nach Start der Ausstellung im „Zug der Erinnerung“ zählen die Fahrtbegleiter über 40.000 Besucher. Den enormen Zuspruch begleiten Schulen und Archive mit eigenen Recherchen, die sie dem Zug zur Verfügung stellen. Bei Ankunft in Göttingen übergaben Jugendliche mehrerer Ausbildungsstätten ihre Arbeitsergebnisse in einer Feierstunde, die das örtliche Aktionsbündnis vorbereitet hatte. „Wir sind stolz auf das Engagement der Schulen“, sagt Anne Berghoff von der Göttinger Geschichtswerkstatt, die gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde zu den örtlichen Initiatoren gehört. Die Integrierte Gesamtschule (IGS) präsentierte eine Webseite, die in Kürze online gehen wird und die Biografien von 14 deportierten Jugendlichen aus der Region vorstellt. Schüler der Personn-Realschule erarbeiteten den Lebensweg der Göttinger Familien Rosenstein und Nasser, Schüler aus Duderstadt führten eine Befragung unter Gleichaltrigen durch, um deren Einstellung zum Rechtsextremismus zu dokumentieren.

„Die Aktivitäten zeigen, dass der ‚Zug der Erinnerung‘ pädagogische Anstöße gibt, aber nach keinerlei Muster verfährt und für unterschiedliche Ansätze offen ist“, resümiert Anne Berghoff von der Göttinger Geschichtswerkstatt. „Wenn der Zug weiterfährt, werden wir unsere Arbeit verstärkt fortsetzen“. Das Göttinger Veranstaltungsprogramm reicht bis in das kommende Frühjahr.

Zu diesem Zeitpunkt wird der Zug seine zweite Etappe durchfahren: Letzte Station vor der Neujahrspause war Kassel. Dort endete die Ausstellung am 18. Dezember. Nächster Zielort ist Hannover, wo der „Zug der Erinnerung“ am 7. Januar eintreffen wird und bis zum 11.1. bleibt, danach folgen Lehrte (12.-13.1.) Braunschweig (14.-15.1.), Halle (16.-19.1.) und Gotha (20.-22.1.). ■

Freie Fahrt für den „Zug der Erinnerung“!

Die Deutsche Bahn AG muss sich endlich ihrer Verantwortung stellen

Seit wenigen Wochen fährt der „Zug der Erinnerung“ durch Deutschland und ehrt die vergessenen Opfer des NS-Systems: Kinder und Jugendliche, die mit der „Deutschen Reichsbahn“ in die Vernichtungslager transportiert wurden. Schätzungen sprechen von über einer Million. Es waren Kinder und Jugendliche aus fast sämtlichen europäischen Staaten. Nur wenige kehrten zurück.

Über die Bereitstellung der Züge entschied das Berliner Verkehrsministerium; den Laufplan der Deportationen entwarfen Logistiker der „Reichsbahn“. Etliche dieser Täter setzten ihre Karrieren in der Nachkriegszeit fort. Auch darüber informiert der „Zug der Erinnerung“.

Die „Deutsche Bahn AG“, historische Erbin der „Reichsbahn“, verlangt hohe Summen, damit der „Zug der Erinnerung“ das deutsche Schienennetz benutzen darf (Trassengebühren).

Für den Zugang zur Ausstellung über die deportierten Kinder auf den deutschen Bahnhöfen sollen weitere Gelder an die Bahn AG gezahlt werden (Stationsgebühren). Schließlich stellt das Unternehmen tausende Euro für die Beleuchtung der letzten Fotos und Briefe der Kinder in Rechnung, die im „Zug der Erinnerung“ zu sehen sind (Anschlussgebühren).

Einen Erlass dieser Forderungen hat der deutsche Bahn-Konzern ausdrücklich abgelehnt. Die Bahn-Rechnungen sollen aus den Spenden der Besucher finanziert werden, meint auch das deutsche Verkehrsministerium. Die historischen Erben der staatlichen Täter lehnen jede finanzielle Unterstützung kategorisch ab.

Die maßlosen Finanzforderungen und die Verweigerung materieller Hilfe behindern das öffentliche Gedenken an die jugendlichen Opfer der „Reichsbahn“-Deportationen. Dadurch wird eine Ausweitung der 3.000 Kilometer langen Fahrstrecke, die den „Zug der Erinnerung“ zur Gedenkstätte Auschwitz bringen soll, in Frage gestellt.

Angesichts des faktischen Boykotts bitten wir die deutsche und die europäische Öffentlichkeit um Unterstützung.

Wir fordern von der Deutschen Bahn AG und vom Berliner Verkehrsministerium, ihrer historischen Verantwortung endlich gerecht zu werden.

Der „Zug der Erinnerung“ muss ohne finanzielle Auflagen durch Deutschland fahren können! Für das Gedenken an die europäischen Opfer der Massendeportationen müssen die staatlichen Erben der Täter einen maßgeblichen finanziellen Beitrag leisten!

Bitte richten Sie Ihre Proteste an folgende Adressen:

1. Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages:
verkehrsausschuss@bundestag.de
2. Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Herrn Minister Wolfgang Tiefensee:
Wolfgang.Tiefensee@bmvbs.bund.de
3. Deutsche Bahn AG, Herrn Dr. Hartmut Mehdorn:
hartmut.mehdorn@bahn.de
4. Diplomatische Vertretungen in Ihrem europäischen Heimatland

Termine für NRW in 2008:

Dortmund: 10. Februar bis 13. Februar im Hauptbahnhof
Koordination: sandra.anders@dgb.de
Bochum: 14. Februar bis 16. Februar im Hauptbahnhof
Koordination: volker.kluge@dgb.de
Duisburg: 17. Feburar bis 19. Februar im Hauptbahnhof
cigdem.guelen@dgb.de
Essen: 20. Februar bis 21. Februar im Hauptbahnhof
vera.visser@dgb.de
22. - 25. Februar 08 (noch frei)
Wuppertal: 26. Februar bis 28. Februar im Hauptbahnhof
guido.gruening@dgb.de
29. Februar und 1. März 08 (noch frei)
Aachen: 2. März bis 4. März (geplant)

www.zug-der-erinnerung.de

„Aufbruch 09“ ohne PBC

KARLSRUHE. Eine Mehrheit der Mitglieder der „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC) hat den „Aufbruch 09“-Plänen von Dr. Walter Weiblen eine Absage erteilt. Der trat für eine neue christliche Partei ein, in der sich Anhänger von PBC, „Zentrumspartei“, ÖDP und evtl. auch der „Christlichen Mitte“ sammeln sollten. Der Parteitag und auch ein Sonderparteitag der PBC sprach sich letztlich gegen eine Auflösung der PBC zugunsten einer neuen Partei aus.

Der von Weiblen propagierte „Aufbruch 09“ sei, so PBC-Aktivist Gerhard Heinzmann, „eine Fatamorgana, ohne realistische Aussicht auf Erfolg“. Außerdem seien nur wenige der Mitglieder der genannten Parteien wirklich an einer neuen Partei interessiert, wobei einige davon bereits schon eine eigene neue Partei gegründet haben. Weiblen, zuletzt Vorsitzender der PBC, und einige seiner Mitstreiter gehören dem neuen PBC-Vorstand nicht mehr an. Bei der PBC geht man davon aus, dass die Anhänger des „Aufbruch 09“ die Partei verlassen werden. *hma* ■

Rieger’s „Jahresempfang“ in dessen eigenen Räumen in Hameln verboten!

HANNOVER. Wie das Verwaltungsgericht Hannover in einer Pressemitteilung bekannt gab, ist Rechtsanwalt Rieger mit einem Eilantrag gescheitert. In der Pressemitteilung heißt es: „Rieger ist Eigentümer eines Gebäudes in Hameln, in dem sich unter anderem auch Kinosäle befinden. Er beabsichtigte am Samstag, den 12.01.2007 dort einen Jahresempfang mit Musikdarbietung durchzuführen. Die Stadt Hameln hatte bereits durch eine Verfügung vom 8.2.2005 die Nutzung des Kinos als Versammlungsstätte, für Film- und Musikveranstaltungen untersagt. Eilanträge gegen den Sofortvollzug dieser Verfügung blieben vor dem VG Hannover und dem Nds. OVG in Lüneburg ohne Erfolg. Nachdem die Antragsgegnerin den Jahresempfang wegen der Untersagungsverfügung für unzulässig erklärt hatte, suchte der Antragsteller um gerichtlichen Eilrechtsschutz nach. Sein Antrag hatte keinen Erfolg. Die 12. Kammer des Gerichts lehnte den Antrag ab. Auch bei dem Neujahrsempfang handele es sich um eine Veranstaltung, die von der Verfügung der Antragsgegnerin erfasst werde, denn der Antragsteller habe das Auftreten von einigen Bands angekündigt. Musikdarbietungen seien jedoch untersagt. Auch ein Ausweichen in den großen Laden (ehemaliges Restehaus) sei zu Recht untersagt worden, weil lediglich eine Ladennutzung genehmigt sei.“ (12 B 724/08)

http://www.verwaltungsgericht-hannover.niedersachsen.de/master.jsp?C=44100910&I=3748247&L=20 ■

Gewalttäter und militante Neonazis als Direktkandidaten

Referat in Wilhelmshaven unterstreicht Gefährlichkeit der NPD

Von Thomas Klaus

WILHELMSHAVEN. „Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD, ist brandgefährlich und darf auf keinen Fall unterschätzt werden.“ Diese Warnung gab der auf das Themenfeld des Rechtsextremismus spezialisierte Journalist André Aden während eines Referates in Wilhelmshaven ab. Eingeladen hatte ihn der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Aden ist Mitglied des Journalisten-Netzwerkes „Recherche Nord“ und berichtet häufig investigativ, also „under cover“. Deshalb konnte er den Besuchern der DGB-Veranstaltung viele tiefere Einblicke in das Innenleben und die Strukturen der NPD geben.

Nach Adens Auffassung muss die Form der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus grundlegend verändert werden. „Die Konzentration auf Skinheads wird dem Thema nicht gerecht“, so der Referent. Schließlich stimme die äußere Erscheinung der Rechtsextremisten häufig gar nicht mehr mit dem Bild vom dümmlich dreinblickenden Nazi mit Baseballschläger und Springerstiefeln überein, das in der Boulevardpresse gezeichnet werde.

Mit Sorge beobachtet Rechtsextremismus-Fachmann Aden, dass sich die NPD und die so genannten „Freien Kameradschaften“ zunehmend annähern. Diese Kameradschaften seien lose organisierte und miteinander vernetzte Zusammenschlüsse von Neonazis, die offen die Nazi-Zeit verherrlichten. Mitgliederlisten oder Führungspersonen blieben möglichst unter Verschluss. „Auf diese Weise soll die staatliche Verbotspolitik unterlaufen werden“, erläuterte Aden. In Niedersachsen hätten sich die Verfechter einer engen Kooperation NPD-intern weitgehend durchgesetzt und gemäßigter auftretende Kräfte in den Hintergrund gedrängt, analysierte Aden. Die NPD brauche nämlich die Kameradschaften – zum flächendeckenden Aufhängen der Plakate und Verteilen der Propagandaschriften.

Am Beispiel einzelner Personen, die bei den niedersächsischen Landtagswahlen am 27. Januar für die NPD antreten, machte der Referent klar: Bei dem offiziellen Bekenntnis der „Nationaldemokraten“ zur Demokratie scheint es sich um ein wenig glaubwürdiges Lippenbekenntnis zu handeln. So kandidiert Dieter Riefling im Raum Hildesheim. Er sei in der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ und dem fünf Jahre später für illegal erklärten „Blood & Honour“-Netzwerk aktiv gewesen, habe eine „neonazistische Kameradschaft in Recklinghausen geführt und in einer Skinhead-Band gesungen. André Aden zitierte den wegen Körperverletzung gegen einen Polizeibeamten und wegen Volksverhetzung Vorbestraften mit den Worten, dass in der Bundeshauptstadt Barrikaden errichtet werden müssten, an denen die Bundestagsabgeordneten zur Rechenschaft gezogen würden.

Aus ähnlichem „Holz“ geschnitzt ist anscheinend der Lüneburger NPD-Direktkandidat Roman Greifenstein. Laut Aden führt er die neonazistischen „Freien Kräfte Munster“ und repräsentiert sie im Internet mit der Reichsflagge in der Hand. „Bis Ende der neunziger Jahr musste Greifenstein eine Haftstrafe wegen Gewalttaten verbüßen“, berichtete der Referent. Folgt man André Aden, dann hat auch der Direktkandidat der NPD in Georgsmarienhütte eine Vorliebe für Neonazis beziehungsweise ist selber einer von ihnen: Christian Fischer habe sich als Aktivist bei Wehrsportgruppen hervor getan. Zurzeit laufe gegen ihn ein Verfahren wegen der Bildung einer bewaffneten Gruppe. Im November 2007 bestritt er öffentliche Wahlkampfveranstaltungen in Georgsmarienhütte und Vechta, bei der auch der berüchtigte Neonazi Christian Worch sprach.

Dem Spektrum der so genannten Freien Kameradschaften entstammt auch der NPD-Direktkandidat für Wittmund/Ostfriesische Inseln, Manuel Wojtczak. Der gerichtsbekannte 26-Jährige ist angeblich auf Filmaufnahmen beim Zeigen des Hitler-Grußes zu sehen. Im November 2007 gehörte er bei den besagten Wahlkampfveranstaltungen in Georgsmarienhütte und Vechta zum Ordnerdienst der NPD.

Dass diese und ähnlich vorbelastete NPD-Kandidaten keine „Ausrutscher“ sein dürften, kann nach Adens Ausführungen ebenfalls an Personen festgemacht werden. Zum Beispiel stelle Spitzenkandidat Andreas Molau gerne den Vize-Landesvorsitzenden, Bundesvorständler und Bundesordnungsdienstleiter Manfred Börm als „künftigen niedersächsischen Innenminister“ vor. Allerdings: Das wäre ein Innenminister, der bereits 1979 wegen eines bewaffneten Überfalls auf niederländische NATO-Soldaten und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Nach seiner Haftentlassung avancierte Börm zum „Gauleiter Nord“ der militanten „Wiking-Jugend“, die 1994 verboten wurde. ■

Unterschriften zum NPD-Verbot sind übergeben

BERLIN. Nachdem sich zunächst das Bundespräsidialamt sowie der Petitionsausschuss des Bundestages geweigert hatten die über 170 000 Unterschriften entgegenzunehmen, die im vergangenen Jahr für einen erneuten Versuch, die NPD zu verbieten, gesammelt wurden, fand am 12.12. 2007 dann doch noch eine Übergabe statt:

Beifall der vor dem Bundestag wartenden Besucher brandete auf, als VVN-BdA-Mitglieder im Namen der über 175.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner die Stufen der Haupttreppe erklommen, um Bundestagsabgeordneten die Unterschriften aus der nonpd-Kampagne zu überreichen. Unter ihnen der Vorsitzende der VVN-BdA Prof. Heinrich Fink und

die ehemaligen KZ-Häftlinge Adam König, Günter Pappenheim und Gerhard Schramm.

Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, die Abgeordneten Gesine Lötzsch und Dorotheé Menzner von der Linkspartei sowie Nils Annen von der SPD nahmen die 46 Kartons mit den darin enthaltenen Unterschriften entgegen. Sie bedankten sich für die bemerkenswerte Initiative und hoben u.a. hervor, dass die Kampagne eine äußerst nützliche Aktion war, die wesentlich dazu beigetragen hat, in der Öffentlichkeit eine Sensibilisierung für das Thema NPD-Verbot zu erreichen.

Lokalberichte Hamburg 26-07 ■

4. Januar: Nazi-Demo mundtot gemacht

München. Die faschistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp", die zu den Münchner Kommunalwahlen im März antreten will, veranstaltete am 4. Januar eine Demo unter dem Motto „Kriminelle Ausländer raus". Wieder einmal erlaubten Münchner Gerichte eine Nazi-Demo, obwohl der Verantwortliche der Internet-Domain dieser angeblichen „Bürgerinitiative" Norman Bordin ist.

Bordin, Chef der bayrischen „Jungen Nationaldemokraten", wurde bereits dreimal zu Knaststrafen verurteilt, vor allem wegen einschlägiger Nazi-Delikte wie dem Zusammenschlagen von Ausländern. In seinem NPD-Amt ist er Nachfolger von Martin Wiese, der zur Zeit eine siebenjährige Haftstrafe absitzt wegen der Planung eines terroristischen Bombenanschlags auf das neue jüdische Zentrum in München.

Zwei Stunden vor der Nazidemo fand eine Gegendemo von verschiedenen Antifagruppen mit etwa 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Sie begann am Sendlinger Tor und endete um ca. 16.30 Uhr vor der Oper, wo wiederum um 17 Uhr die Fascho-Kundgebung beginnen sollte. Nur sehr zögerlich und unter Polizeischutz tröpfelten die Nazis ein, viele von ihnen aus Franken und der Oberpfalz, während die Antifas hinter den Polizeigittern ausharrten.

Wieder einmal gelang es uns, die Kundgebung, wenn schon nicht zu verhindern, so schlichtweg ad absurdum zu führen: Kein Münchner konnte die rassistischen Parolen verstehen, jeder Wortfetzen ging in ohrenbetäubenden Pfiffen oder Sprechchören unter.

Die anschließende Demo der Nazis konnte leider ebenfalls nicht verhindert werden: Auf jeden Nazi kamen drei bis vier Staats- bzw. Nazidemo-Schützer. Aber auch hier, auf der langen Strecke Oper – Isartorplatz – Marienplatz stimmten die Antifas immer dasselbe Lied bzw. ein lautstarkes Konzert an, mit dem die Nazis einfach mundtot gemacht werden konnten.

Nur ein dumpfer Trommelwirbel war öfter zu vernehmen und manchmal der ach, so originelle Sprechchor: „Hoch die nationale Solidarität".

Vier Stunden und mehr haben viele von uns in sibirischer Kälte ausgehalten. Aber das war wichtig und richtig!

Zu hoffen ist übrigens, dass die extrem rechte „Bürgerinitiative Ausländerstopp" die erforderlichen 1000 Unterschriften, die sie für die Zulassung zu den Münchner Kommunalwahlen braucht, nicht zusammenbekommt ... !

Dafür sorgt u.a. vielleicht auch ein nicht minder ehrgeiziger brauner Verein namens „Pro München", der ebenfalls Unterschriften sammelt. (Konkurrenz kann manchmal auch das Geschäft vermasseln...)

Ende Januar werden wir mehr wissen.

C.H. ■

Es bleibt dann am Ende eine Naziquelle!

Überprüfung einer Behauptung von Generalmajor a. D. Schultze-Rhonhof

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof hat 2003 sein geschichtsrevisionistisches Buch: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ veröffentlicht. Das Buch ist im Oktober 2007 in der 6. Auflage erschienen. Die Aussagen von Schultze-Rhonhof werden mittlerweile auch über Hörbücher, eine professionell gestaltete Internetseite, einen Videovortrag im Internet und über eine DVD verbreitet. Ein Ziel von Schultze-Rhonhof ist es, Schülern und Studenten seine revisionistische Sicht auf die Ursachen des 2. Weltkriegs zu vermitteln. Im Folgenden wird anhand einer Behauptung von Schultze-Rhonhof untersucht, auf welche Quelle er sich bezieht.

Schultze-Rhonhof stellt in seinem Buch Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (!) für hunderttausende Juden aus Polen dar. So behauptet er einmal: „daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen“[1] und wieder an einer anderen Stelle „strömen 557.000 polnische Juden von Ost nach West, um in Deutschland den Verfolgungen in Polen zu entkommen.“[2] Diese von Schultze-Rhonhof verbreitete Zahl von 557 000 Juden, die angeblich Polen verlassen und im benachbarten Deutschland Zuflucht suchen, ist nicht nur auf den ersten Blick widersinnig und schon aufgrund der deutschen Abschottung gegenüber Zuwanderung nicht möglich, sie ist auch durch keine einzige ernst zu nehmende Quelle belegt. Im Gegenteil, die Anzahl der in Deutschland lebenden Juden mit polnischen Pass nahm von 1933 - 1938 kontinuierlich ab.[3]

Es lohnt sich aber zu überprüfen, worauf sich Schultze-Rhonhof bei seiner Behauptung bezieht, die suggerieren soll, dass die Repression gegenüber jüdischen Bürgern in Polen viel stärker war als in Deutschland. Schultze-Rhonhof gibt in einer Fußnote als Literaturhinweis Benoist-Méchin, Band 7, Seite 39 für seine Behauptung an und im Quellenverzeichnis seines Buches findet sich dazu folgenden Eintrag: „Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor) zit. als Benoist-Méchin, Auf dem Weg zur Macht 1925 – 1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918 – 1946, Bände 2 bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe: Historie de l’ Armee allemande)“[4] Jacques Benoist-Méchin (1901 – 1983) war französischer Militärschriftsteller, dessen Bücher auch in rechtsextremistischen Verlagen in Deutschland veröffentlicht wurden. Er arbeitete von 1940 – 1944 als Staatssekretär in der Regierung von Vichy-Frankreich. Er wurde 1945 wegen Kollaboration zunächst zum Tode verurteilt; das Urteil wurde in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt und später erfolgte eine Begnadigung.

Der von Schultze-Rhonhof als Quelle für seine Behauptung genannte Band 7 der „Geschichte der deutschen Militärmacht“ von Benoist-Méchin ist allerdings nicht, wie angegeben, im Stalling Verlag erschienen, sondern mit dem Titel: „Wollte Adolf Hitler den Krieg, 1939: Generalprobe der Macht“ 1971 im Verlag K.W. Schütz, Preußisch-Oldendorf.[5] Das „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“ schreibt über die Bedeutung vom Verlag K.W. Schütz: „Das Verlagsprogramm des Schütz-Verlages ist darauf ausgelegt, die Verbrechen des NS-Regimes zu rehabilitieren. Der Großteil der Autoren kam aus führenden Positionen der Schutzstaffel (SS).“[6] Schultze-Rhonhofs Verweis bezieht sich allerdings nicht auf den Buchtext, sondern lediglich auf eine Fußnote – die Fußnote 4 auf Seite 39 lautet: „Während 170 000 Juden Deutschland in den Jahren von 1933 bis 1938 verlassen hatten, waren in dem gleichen Zeitraum 557 000 polnische Juden in das Reich gekommen, um dem in Polen wütenden Antisemitismus zu entkommen. ... (Vgl. dazu Erich Kern: ‚Opfergang eines Volkes‘ 2. Aufl., Göttingen 1963, S. 159/160.)“[7] Bei Benoist-Méchin findet sich also als Beleg für Schultze-Rhonhofs Behauptung keine Originalquelle, sondern lediglich ein Verweis auf ein Buch von Erich Kern.

Erich Kern (eigentlicher Name Erich Johannes Kernmayr 1906 – 1991) war 1939 Gaupresseamtsleiter in der Gauleitung Wien der NSDAP, 1940 Leiter der Pressestelle des Gauleiters von Saarland/Lothringen. Er trat 1941 in die SS-Division „Das Reich“ ein und war SS-Sturmbannführer. Kern war nach 1945 aktiv in einer Vielzahl von rechtsextremistischen Organisationen.[8] Er veröffentlichte eine Vielzahl von Büchern in rechtsextremistischen Verlagen, die in der freien Enzyklopädie „Wikipedia“ wie folgt beurteilt werden: „Seine Publikationen sind durchzogen vom Antisemitismus völkisch-nationalistischer Propaganda und der Weißwäsche von Wehrmacht und Waffen-SS und NS-Organisationen. Nach seiner Ansicht sind die Deutschen die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkriegs. Einige seiner Werke sind in zahlreichen Auflagen erschienen (und erscheinen noch immer), sie bilden auch heute noch einen festen Bezugspunkt für Rechtsextremisten.“[9] Die von Benoist-Méchin genannte Stelle in „Opfergang eines Volkes“, das 1962 im Verlag K.W. Schütz (s.o.) erschienen ist, lautet wie folgt: „Der nächste Schlag erfolgte von Polen aus. Rund 170 000 Juden hatten von 1933 bis Herbst 1938 Deutschland verlassen. Allerdings waren aufgrund der schlechten Erfahrungen in den Gastländern viele Tausende Juden wieder nach Deutschland zurückgewandert. Zur selben Zeit emigrieren wegen des herrschenden Antisemitismus 557 000 Juden aus Polen. In Polen sprang man zu dieser Zeit sehr rücksichtslos mit den jüdischen Bürgern um.“[10] Eine Quellenangabe findet sich bei Kern nicht, woher er die Zahl von 557 000 Juden nimmt, bleibt unklar.

Schultze-Rhonhof bezieht sich bei seiner Behauptung, dass 1933 bis 1938 557 000 Juden Polen verlassen und im benachbarten Deutschland Zuflucht suchen, letztendlich auf einen Nazi, der keine Quellenangabe macht. Während Erich Kern (ohne irgendeinen Beleg) schreibt, dass 1933 bis 1938 aus Polen 557 000 Juden emigrieren, sind diese Juden dann bei Benoist-Méchin „in das Reich gekommen“ und bei Schultze-Rhonhof suchen sie sogar schon „Zuflucht im benachbarten Deutschland“.

Schultze-Rhonhof ist inzwischen dazu übergegangen, seine Behauptung leicht abzuwandeln. Er verbreitet jetzt: „daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland oder auf dem Weg über Deutschland im westlichen Ausland suchen.“[11] Eine vergleichbare Aussage macht er mittlerweile auch in seinen Vorträgen “verließen 557.000 Juden Polen, also über eine halbe Million Juden, und suchten in Deutschland oder auf dem Weg über Deutschland Zuflucht im Ausland; meist in Frankreich und in den USA.“[12]

Schultze-Rhonhof gibt neuerdings für seine ursprüngliche Behauptung neben Benoist-Méchin auch ein „JfZ Gutachten, Seite 80“ als Quelle an.[13] Die Literaturangabe für ein „JfZ Gutachten“ findet sich allerdings bei ihm im Quellenverzeichnis nicht.

Schultze-Rhonhof offenbart bei dem hier aufgezeigten Quellenumgang eine Herangehensweise, die sich bei vielen revisionistischen Buchautoren findet: Es wird sich bei Behauptungen auf einen anderen Autor bezogen, der wiederum einen anderen Autor als Quelle nennt. Es bleibt dann am Ende eine Naziquelle, der eine nicht belegbare Behauptung zugrunde liegt. Was Schüler und Studenten von so einem Quellenumgang lernen können, ist auch klar: Revisionistische Autoren erfinden sich ihre Behauptungen und biegen sich die Geschichte zurecht!

Michael Quelle (VVN-BdA Stade)
Dezember 2007

Rechtsextremismus ist kein ostdeutsches Problem. Auch in Bayern erfährt rechtsextremistisches Gedankengut erheblichen Zuspruch.

T [āĈĊ ē ÖĈ » § » § ÖĈ I § s Ã Ċ ā²

communal08 ist eine jugendpolitische Initiative des Kreisjugendring München-Stadt und des Münchner Jugendrates zur Kommunalwahl 2008 **www.communal08.de**

Die Rechtsextremen wollen in den Münchner Stadtrat einziehen und formieren sich bei „Pro München", den „Republikanern" und in der „Bürgerinitiative Ausländerstopp". Sie versuchen verstärkt, Jugendliche für ihr antidemokratisches und menschenverachtendes Gedankengut zu gewinnen. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist nicht allein Sache des Staates, sondern hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert und verantwortlich. Doch wer sich engagieren und wehren will, braucht Kenntnisse. Daher hat es sich der Kreisjugendring München-Stadt zur Aufgabe gemacht, insbesondere all jene zu informieren, die mit jungen Menschen zu tun haben. Zur Strategie rechtsextremer Gruppen und Parteien gehört es, bei Wahlen als „Protestparteien" aufzutreten und sich Politikverdrossenen als Alternative zu etablierten Parteien anzubieten. Aber es geht nicht um Protest! Rechtsextreme Parteien lehnen die zentralen Werte des demokratischen Verfassungsstaates ab.

„Pro München"

Im Januar 2006 wurde „Pro München" unter Beteiligung zahlreicher bekannter Münchner Neonazi-Aktivist/innen als Sammlungsbewegung verschiedener rechtsextremer Gruppen und Personen für die Kommunalwahlen gegründet. ... Kürzlich bezeichnete Rüdiger Schrembs, einer der Sprecher von „Pro München", die „Bürgerbewegung" als „Bündelung aller patriotischen Kräfte". ...„Pro München" will sich als nationalkonservative Kraft zwischen CSU und NPD positionieren. Erklärtes Ziel von „Pro München" ist die Erringung von drei Stadtratsmandaten. Strategie ist es, sich mit einem harmlosen Organisationsnamen in der Bevölkerung zu verankern. Dabei werden gängige kommunalpolitische Themen aufgegriffen und unter rassistischen Gesichtspunkten beleuchtet.

„Bürgerinitiative Ausländerstopp"

Als Folge von Unstimmigkeiten innerhalb von „Pro München" und der rechtsextremen Szene gründete sich im Herbst 2007 die „Bürgerinitiative Ausländerstopp München e.V." (BIA). Die BIA plant nun ebenfalls eine Kandidatur für den Münchner Stadtrat. Ein entsprechender Internetauftritt „Ausländerstopp München" ist online. Domain-Inhaber ist der NPD-Funktionär und bayerische Landesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten" (JN – Jugendorganisation der NPD) Norman Bordin. Als presserechtlich Verantwortlicher fungiert Roland Wuttke, Vorsitzender des NPD-Bezirksverbandes Oberbayern und Landespressesprecher der bayerischen NPD. Der Münchner Spitzenkandidat der BIA Karl Richter ist momentan Chef des parlamentarischen Beraterstabes des NPD im sächsischen Landtag. Die politische Ausrichtung von BIA ist weitgehend identisch mit der NPD. ... Dies beinhaltet unter anderem eine mit der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip des Grundgesetzes unvereinbare rassistische und nationalistische Fremdenfeindlichkeit. Auch die Texte der BIA-Schulhof-CD spiegeln die politische Position der Rechtsextremen wider. Diese CD, die aktuell an Jugendliche verteilt wird, ist identisch mit der zweiten Auflage der NPD-Schulhof-CD und wird ergänzt durch ein BIA-Cover und ein Propagandaheft. *dokumentiert aus Lokalberichte München 26-2007 (aus Platzgründen gekürzt)* ■

Fußnoten:

1 Gerd Schultze-Rhonhof: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" Olzog Verlag München, 2. durchgesehene Auflage Oktober 2003, Seite 370
2 dto. Seite 173
3 Die Volkszählung am 16. Juni 1933 im Deutschen Reich gab 98747 jüdische Ausländer an, von ihnen hatten 56480 die polnische Staatsbürgerschaft. Die Zahl der Rückwanderer von ihnen wird von 1933 – 1939 auf 29000 geschätzt. Zum nationalsozialistischen Umgang mit Ostjuden siehe: „Abschiebung und Attentat" (Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht") von Trude Maurer in: „Der Judenprogramm 1938" Fischer Taschenbuchverlag 1988.
4 Gerd Schultze-Rhonhof, s. o. ,Seite 541
5 Buchkatalog der Universität Hamburg
6 Jens Mecklenburg (Hrsg.): „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus", Elefanten Press Verlag, Berlin 1996, Seite 426/427
7 Jacques Benoist-Méchin: „Wollte Adolf Hitler den Krieg – 1939 : Generalprobe der Gewalt" (Geschichte der deutschen Militärmacht, Band 7), Verlag K.W.Schütz, Preußisch-Oldendorf 1971, Seite 39
8 Kurt Hirsch: „Rechts von der Union", Knesebeck & Schuler, München 1989, Seite 393/394
9 Erich Kern -Wikipedia (freie Enzyklopädie), www.de.wikipedia.org, 21.11.2007
10 Erich Kern: „Opfergang eines Volkes", Verlag K.W. Schütz, Göttingen 1962, Seite 159
11 Gerd Schultze-Rhonhof: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" Olzog Verlag München, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage Juli 2005, Seite 394
12 Schultze-Rhonhof: „Der weite Weg zum deutsch-polnischen Krieg", Vortrag in Hamburg am 25. März 2007 bei der SWG, abgedruckt in „Soldat im Volk" 3/2007
13 Gerd Schultze-Rhonhof: „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" Olzog Verlag München, 6. überarbeitete und erweiterte Auflage Okt. 2007, Seite 189

Vorsicht! PRO Heilbronn

Seit Sommer 2007 ist die Bürgerbewegung PRO Deutschland auch in Heilbronn aktiv. Der Vorstand von PRO Heilbronn besteht aus den REP-Stadträten A. Dagenbach und H. Auchter sowie dem ehemaligen REP-Stadtrat Dr. Haellmigk. Dagenbach ist auch einer der führenden Köpfe der Bürgerbewegung PRO Deutschland in Baden-Württemberg (aktiv in Mannheim, Ravensburg, Karlsruhe, Pforzheim...). Außerdem gehört er seit November 2006 dem Bundesvorstand der Bürgerbewegung PRO Deutschland an. Sein REP-Parteifreund F. Steiniger wurde ebenfalls in die Riege von PRO Deutschland gewählt.
Unter einem ähnlichen Namen sind bei der Bundestagswahl 1998 „andere Parteien" aus dem rechtskonservativen Spektrum aufgetreten: Pro DM und PRO (Partei für Rechtsstaatliche Ordnung). PRO war die bundesweite Nachfolgepartei der Schill-Partei des ehemaligen Hamburger Innensenators R. Schill. Die Bürgerbewegung PRO Deutschland wurde offiziell am 20. Januar 2005 in Köln gegründet. Sie will eine Plattform für demokratische Patrioten sein. Bei der Bundesversammlung am 18.11.2006 in Bonn trat Alfred Mechtersheimer als Gastredner auf. Die Partei ist vor allem gegen die Aufnahme der Türkei in die EU, gegen die Islamisierung der Gesellschaft und den Bau von Moscheen aktiv.
In Heilbronn setzt(e) sich PRO Heilbronn für ein Fahrverbot für LKWs in Böckingen ein. Entlang der Großgartacher- und Wilhelm-Leuschner-Straße stellte sie Plakate mit der Aufschrift: „LKW raus" und „Mautpreller raus – PRO Heilbronn" auf. Inzwischen haben sogar einige Anwohner der Großgartacher Straße diese Plakate dauerhaft bei sich aufgehängt. Im Herbst 2007 führte sie einen Infostand im Zentrum von Böckingen durch und sammelte dabei auch Unterschriften für ein Fahrverbot von LKWs auf der Grossgartacher Straße (B 293). Die Bürgerbewegung PRO Heilbronn hat Vertreter in Frankenbach (Fred Steininger), Klingenberg (Heiko Auchter) und Leingarten. Ihr Programm beinhaltet neben den verkehrspolitischen Standpunkten (Bau der Neckar-Alb-Autobahn, Prüfung der Notwendigkeit eines Verkehrslandeplatzes und Bau weiterer Umgehungsstraßen) auch rechts-populistische Forderungen (Deutschland ist kein Einwanderungsland und: ...auch kommunale Politik muss bereit sein, aus dem Scheitern der „multikulturellen Gesellschaft" Konsequenzen zu ziehen...)

rudi, Kommunaler Alltag 11-12/2007 ■

Kündigung des Thüringer Gewerkschaftssekretärs und Antifaschisten Angelo Lucifero verhindern!

Der ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen will den Gewerkschaftssekretär und Antifaschisten Angelo Lucifero (der auch Mitherausgeber unserer Zeitung ist, die Red.) fristlos kündigen, nachdem kurz zuvor Suspendierung und Hausverbot ausgesprochen wurden.

Labournet hielt die Information zunächst zurück, um Angelo in der arbeits- und strafrechtlichen Auseinandersetzung nicht zu schaden.

Diese Rücksichtnahme fehlte sowohl Landesbezirksleiter Thomas Voss als auch einigen Journalisten. Am 22. Dezember gab es den ersten Artikel bei indymedia und in der Jungen Welt, die Thüringer Lokalmedien zogen in den nächsten Tagen nach.

Die Kündigung erfolgt katastrophal kurz vor dem Prozess, den Staat und Nazis gegen Angelo am 16. Januar führen. (siehe http://ggr.blogsport.de/). Ver.di lässt es sich nicht nehmen, Fakten zu schaffen und kommunizierte die beabsichtigte Kündigung bereits gegenüber den anderen DGB-Gewerkschaften – ohne Zustimmung oder Widerspruch des Betriebsrates und des Integrationsamtes, das bei Kündigung Schwerbehinderter Stellung nehmen muss, abzuwarten.

Wenn Thomas Voss der JW sagt, dass Angelo gekündigt wird, weil er „in unzulässiger Weise persönliche politische Arbeit auf Kosten und mit Mitteln der Gewerkschaft ver.di betrieben“ habe, dann geht es dabei unter anderem um die Antira Mailingliste. Seit Bekanntwerden dieser Nachricht haben zahlreiche ver.di-Mitglieder bereits bei ver.di interveniert, um deutlich zu machen, dass diese Liste nicht Angelos „persönliche politische Arbeit“ ist, sondern eine kollektive Infrastruktur, deren weitere Unterstützung durch ver.di gefordert wird. Diese Forderung interessiert ver.di genau so wenig, wie alle ver.di-Beschlüsse zur praktischen Unterstützung von Angelo beim bevorstehenden Prozess (Zum Prozess siehe http://ggr.blogsport.de/ und im LabourNet Germany „Infomail der GewerkschafterInnen gegen Rechts (GGR) vom 18.12.07“ http://www.labournet.de/diskussion/rechten/opfer/angelo_ggr2.html) Noch ist es nicht zu spät, diese Kündigung zu verhindern! Wir rufen auf zu Protesten an:

a) Thomas Voss, Landesbezirksleiter ver.di Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen (thomas.voss@verdi.de)

b) Frank Bsirske, Bundesvorstand (frank.bsirske@verdi.de)

ver.di-Mitglieder könnten sich übrigens auch dafür interessieren, wie die Beschlüsse zur Solidarität mit Angelo beim bevorstehenden Prozess umgesetzt werden. Auf Antrag der Bundesjugendkonferenz hat der ver.di-Bundeskongress eine entsprechende Entschließung angenommen (Antrag Nr. A 121: „Für gewerkschaftliche Solidarität mit aktiven Antifaschistinnen und Antifaschisten! Für die Unterstützung des Gewerkschaftssekretärs Angelo Lucifero“ http://bundeskongress2007.verdi.de/antraege_beschluesse/antrag.html?cat=A&sort=121). Der für die Umsetzung zuständige Bundesvorstand scheint den Beschluss zu ignorieren, denn es gibt bislang keinerlei Initiativen zur Unterstützung von Angelo. Und die Anfrage der GewerkschafterInnen gegen Rechts, ob der ver.di Bundesvorstand eine/n Prozessbeobachter/in entsenden wird, wurde schlichtweg nicht beantwortet.

Mag Wompel, LabourNet Germany
Julika Bürgin, GewerkschafterInnen gegen Rechts Bochum und Erfurt,
22. Dezember 2007 ■

http://www.labournet.de/diskussion/rechten/opfer/kuendigung.html

und die Sonderseite http://www.labournet.de/diskussion/rechten/opfer/angelo.html

VVN-BdA Köln: Mahnwache am Geburtsort der Nazidiktatur

Köln. Zu einer Mahnwache vor dem Anwesen, das schlichte Wort Haus verbietet sich an dieser Stelle, Stadtwaldgürtel 35, der ehemaligen Villa Schröder, hatte die VVN/BdA Köln für den 4. Januar aufgerufen, um an einen der Schicksalstage der neuen deutschen Geschichte zu erinnern.

Genau 75 Jahre nach dem Tag, an dem sich an diesem Ort auf Einladung des Hausherrn, eines Kölner Bankiers, der ehemalige rechtskonservative Reichskanzler Franz von Papen mit Adolf Hitler, dem Chef der NSDAP getroffen hatte, erinnerten junge und ältere Antifaschist(inn)en an die Verantwortung wichtiger Teile des Kapitals für die Errichtung der Nazidiktatur. Sie riefen der Öffentlichkeit Max Horkheimers Wort ins Gedächtnis: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“.

Wie wichtig die Erinnerung an die Tatsache vom ursächlichen Zusammenhang zwischen krisenhaftem Kapitalismus und brutaler Unterdrückung (nicht nur) der Arbeiterbewegung, zwischen Wirtschaftskrise, Aufrüstung und Krieg auch (oder gerade) heute ist, zeigt ein Artikel des namhaften Kölner Wirtschaftshistorikers Ulrich Soénius im Kölner Stadtanzeiger vom 4.1.: Der Autor, der die Ereignisse um den 4. Januar 1933 in der Sache exakt wiedergibt, spricht in seinem Beitrag einzig und allein von Kurt Freiherr von Schröder, den er als „Emporkömmling“ bezeichnet, der mit der Kölner guten Gesellschaft nichts zu tun gehabt habe (schließlich war er in Hamburg geboren und hatte in das Bankhaus Stein lediglich eingeheiratet).

Die Interessen des großen Kapitals, die Schröder 1947 als Interesse an stabilen Verhältnissen, Antikommunismus und dem Drang nach Aufrüstung kennzeichnete, spielen bei Soénius keine Rolle – es bleibt das Portrait eines persönlich charakterlosen überzeugten Nazis. Vielleicht liegt das ja daran, dass der Autor Direktor der Stiftung Rheinisch Westfälisches Wirtschaftsarchiv ist, die eng an die Industrie- und Handelskammer angebunden ist. Und wer beißt schon in die Hand, die ihn füttert? *tri* ■

Front National muss Parteisitz verkaufen

Die rechtsextreme Partei zwischen ihren Wahlniederlagen 2007 und den Kommunalwahlen 2008

Die spektakulärste Nachricht zuerst. Am vergangenen Donnerstag stand es nun fest: An diesem Tag (10. Januar 2008) verkündete Jean-Marie Le Pen im Fernsehsender LCI, dass der rechtsextreme Front National seinen Parteisitz in Saint-Cloud bei Paris verkaufen werde. Seine finanziellen Nöte zwingen den FN dazu: Die rechtsextreme Partei hat aus den Parlamentswahlen vom Juni 2007, bei denen ihre Kandidaten im Durchschnitt nur 4,3 Prozent der Stimmen holen konnten, neun Millionen Euro Schulden mitgenommen. Zudem sinkt die jährliche staatliche Subvention im Namen der öffentlichen Parteienfinanzierung, die sich an den Ergebnissen der jeweiligen politischen Formation bei Parlamentswahlen ausrichtet, gleichzeitig von zuvor 4,6 Millionen auf jetzt höchstens 1,8 Millionen Euro.

Der FN hatte den unter dem Namen ‚Le Paquebot', „Der Dampfer", in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Parteisitz in den 1980er Jahren bezogen. Insider – die in der Presse zitiert werden – behaupten unterdessen, das Gebäude sei auch zu Hochzeiten, „als die Partei bis zu 100 Hauptamtliche beschäftigte" (heute sind es 50 und ihre Zahl soll wohl halbiert werden), stets überdimensioniert gewesen. Jean-Marie Le Pen hatte eben große Ambitionen, „damals", früher. Heute hat er endlich verstanden, dass er nie mehr in den Elysée-Palast einziehen wird. Jean-Marie Le Pen wird im Juni dieses Jahres 80, seine jüngste Tochter Marine wird im August 40. Nun steht in Aussicht, dass Letztere „irgendwann" den Laden vom Ersteren übernehmen wird, freilich nicht im allerbesten Zustand.

Das 5.000 Quadratmeter Fläche messende Gebäude soll bis spätestens Ende Februar dieses Jahres verkauft werden, für einen Gesamtpreis von 15 bis 20 Millionen Euro. Als Ersatz wird die rechtsextreme Partei nunmehr voraussichtlich in ein 2.000 Quadratmeter umfassendes modernes Gebäude in der Pariser Vorstadt (und Bezirkshauptstadt des westlich an Paris angrenzenden Départements) Nanterre einziehen. Das bedeutet einen ziemlichen Tapetenwechsel: Bislang befand sich der FN im bourgeoisen Vorort Saint-Cloud in einer Umgebung, die als ziemlich „nobel-hobel" charakterisiert werden kann, zwischen dem Seineufer und den oberhalb gelegenen bewaldeten Hügel. Die frühere Industriestadt Nanterre bietet da doch ein ziemlich anderes Pflaster (auch wenn Nanterre hier und da seine eigenen netten Ecken hat).

Rückblick auf das Jahresende für den FN

Dem Front National ist es auch rund um den Jahreswechsel 2007/08 bisher nicht gelungen, seine im vergangenen Jahr massenhaft zum konservativen Block unter Nicolas Sarkozy übergewechselten Ex-Wähler/innen zurückzugewinnen und von der (obgleich allmählich wachsenden) Unzufriedenheit mit der Regierungspraxis zu profitieren.

Als geeignetes Testfeld für den verbliebenen Einfluss der rechtsextremen Partei hatten die „Teilwahl" (eine lokale Nachwahl für einen frei gewordenen Sitz in der Pariser Nationalversammlung) am 9. und 16. Dezember 2007 in der Pariser Trabantenstadt Sarcelles und ihrer Umgebung gegolten. Aufgrund der schweren Unruhen, die während drei Tagen Ende November in Villiers-le-Bel – das innerhalb des von der Nachwahl betroffenen Wahlkreises liegt – stattgefunden hatten, wurde vermutet, dass dem FN mit Law & Order-Parolen ein erneuter Aufschwung gelingen könnte. Wir haben in AN bereits darüber berichtet (Vgl. ausführlich vorige Ausgabe.)

Es bliebe noch nachzutragen, wie das Ganze ausging. Wie bereits erwähnt, erhielt der FN-Bewerber Jean-Michel Dubois im ersten Wahlgang am 9. Dezember vorigen Jahres 7,47 Prozent in dem Wahlkreis. Das bedeutete zwar einen Wiederanstieg gegenüber den Parlamentswahlen vom Juni 2007, aber dennoch ein im Vergleich zu den letzten Jahren nach wie vor stark unterdurchschnittliches Wahlergebnis.

Und wie ging es dann weiter? Im zweiten Wahlgang standen sich nunmehr der Sozialdemokrat François Pupponi (der Nachfolger des an die Spitze des IWF in Washington gewechselten früheren Wirtschaftsministers Dominique Strauss-Kahn, als Bürgermeister der Stadt Sarcelles) und die konservative UMP-Kandidatin Sylvie Noachovitch gegenüber. Der Front National und sein Kandidat Dubois riefen in diesem „Duell" ihre eigenen Wähler zur Stimmenthaltung auf. Am Ende setzte sich der Sozialdemokrat und Strauss-Kahn-Getreue François Pupponi mit 54,34 % der abgegebenen Stimmen klar gegen die konservative Herausforderin Sylvie Noachovitch (45,66 %) durch. Die Wahlenthaltung lag dabei in der Stichwahl mit 30,7 % höher als im ersten Wahlgang mit rund 25 Prozent. Dies bedeutet, dass entweder die FN-Wähler aus dem ersten Wahlgang dem Aufruf, den Urnen fern zu bleiben, nicht gefolgt sind oder aber – wahrscheinlicher –, dass es auf sie nicht ankam und dass an ihrer statt neue Wähler/innen für die zweite Runde mobilisiert werden konnten.

In jedem Falle belegt der Ausgang dieser Wahl die aktuelle Unfähigkeit des FN, irgendeinen Einfluss auf das Kräftespiel zwischen den beiden großen politischen Blöcken zu nehmen. Das war in den 1980er und insbesondere den 1990er Jahren noch anders, als das konservative Lager noch zitternd darüber nachdachte, wie es den Stimmenanteil des FN (und zwar, was kaum umgänglich erschien, mitsamt der Partei) jemals wieder in seinen Bereich integrieren könne.

Heute signalisiert das bürgerliche Lager dem FN klar, dass es ihn nicht benötigt, seine Wähler aber dennoch haben möchte. Die örtliche UMP-Kandidatin Noachovitch konnte sich der Stimmen rechter und rassistischer Wähler wohl sicher sein, nachdem sie vor der Parlamentswahl im Juni 2007 selbst durch üble Sprüche aufgefallen war. (Vgl. ausführlich: http://www. trend.infopartisan.net/trd0607/t380607.html, Abschnitt: „Die Abenteuer der Sylvie N. im (urbanen) Dschungel".) Und dabei hatte sie dies ganz selbständig getan – die Veröffentlichung ihrer Auslassungen geschah, von ihrer Seite her, unfreiwillig –, und sie brauchte die FN-Wähler nicht einmal explizit zu umwerben. Verloren hat die frühere Fernsehanwältin Noachovitch unterdessen auch ganz selbständig, (wahrscheinlich) ohne dass der Boykottaufruf des FN-Kandidaten Dubois in nennenswertem Ausmaß beigetragen hatte. Denn die Affäre vom Frühjahr rund um ihre Sprüche, die zudem ihre Heuchelei gegenüber ihrem Publikum offen zutage treten ließ, hatte bereits im Juni zu ihrer Niederlage geführt, die dieses Mal nur bestätigt wurde. In der Folgezeit wurde die bisherige TV-Anwältin Noachovitch zudem von den Fernsehbildschirmen verbannt[1]. Und jetzt, im Spätherbst 2007, vor der erneuten Wahl, hatten sich zudem zahlreiche Blogs im Internet auf Noachovitch eingeschossen.

Auch die brennenden Autos in der Sylvesternacht haben bisher nicht zu einer verstärkten Beachtung des FN in der Öffentlichkeit geführt. Ihre Anzahl wurde erst jüngst, vergangene Woche, offiziell von 397 (was einem Rückgang um 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entsprochen hätte) auf 878 nach oben korrigiert[2]. Dies spricht nicht unbedingt für einen Erfolg der Law & Order-Politik, als deren Personifizierung Präsident Sarkozy gewählt worden ist. Selbstverständlich versucht der FN, an dieser Kluft zwi-

schen Anspruch und Wirklichkeit anzusetzen, und er beschwor in einem Kommuniqué den Autoritätsverlust des Staates. In der Öffentlichkeit war er unterdessen mit seinen Positionen kaum präsent, dort dominierten zur selben Zeit die Berichte über den Verkauf seines Parteisitzes.

Vor den Kommunalwahlen

Am 9. und 16. März dieses Jahres finden nunmehr landesweit die französischen Rathauswahlen statt. Die FN-Spitze hat dabei von vornherein angekündigt, dass sie ihre Ambitionen begrenzen werde, da die rechtsextreme Partei eventuellen Kandidaten nur begrenzt finanzielle Unterstützung zukommen lassen könne. Insofern ist mit einer räumlichen Eingrenzung ihrer Präsenz, etwa auf einige ihrer wahlpolitischen Hochburgen und die wichtigsten städtischen Zentren, zu rechnen.

Die (aus Eigensicht der extremen Rechten) große positive Ausnahme soll der nordfranzösische Wahlkreis Héning-Beaumont werden. In diesem ehemaligen Bergarbeiterbezirk tritt Marine Le Pen als zweite Spitzenfrau auf der Liste an, die vom örtlichen FN-Kader Steeve Briois als Spitzenkandidat angeführt wird. Als Parlamentskandidatin hatte Marine Le Pen hier, an Ort und Stelle, im zweiten Wahlgang im Juni 2007 fast 42 Prozent der Stimmen erzielen können. In diesem Bezirk, wo der örtliche FN unter Briois (anders als an den meisten anderen Orten) noch echte „Basisarbeit“ betreibt, verfügt die Partei über eine echte soziale „Verwurzelung“. Marine Le Pen hat die Devise ausgegeben, in diesem Jahr solle die Eroberung des örtlichen Rathauses stattfinden. Falls dies gelingt, was im Augenblick noch höchst hypothetisch klingt, würde der FN – nach dem Verlust der früheren drei bzw. vier von ihm regierten Städte in Südostfrankreich – erneut über ein örtliches „Versuchslabor“ verfügen. Aber erst muss er noch gewinnen...

Marine Le Pen hatte sich bereits persönlich intensiv in der Wahlkampagne von Sarcelles, Anfang Dezember 2007, engagiert. In einem Video auf der Homepage der Partei, in einer speziell für diese Teilwahl eingerichteten Rubrik („8e95“ für den achten Wahlbezirk im Département 95) sieht man Marine Le Pen anlässlich eines gemeinsamen Auftritts mit Kandidat Jean-Michel Dubois auf einem Wochenmarkt in Sarcelles. Hochinteressant daran ist u.a. die geschickte „integrationistische“ Linie, welche die beiden FN-Funktionäre dabei demonstrativ an den Tag legen. In einer Szene werden die beiden PolitikerInnen von einem älteren, offenkundig muslimischen Mann angesprochen. Schulterklopfend und ausgesprochen höflich beziehen Marine Le Pen und Dubois ihn in ihren Auftritt mit ein, dabei eifrig an die familiären Werte, den Respekt der Eltern appellierend. (Vgl. http://www.frontnational.com/8e95/marine_marche.htm)

Eine solche Linie, die auch die „guten“ Einwanderer – unter Ausschluss der „bösen“, nicht integrationswilligen, und vor allem unter Ausschluss derer, die jetzt noch kommen könnten – einbezieht, hatte Marine Le Pen bereits vor der Präsidentschaftswahl 2007 geprägt. Dabei ging sie von der Auffassung aus, dies werde der Partei neue, bisher unerschlossene Wählerschichten eröffnen. In der Folgezeit und infolge der Niederlage war Marine Le Pen jedoch aus der Partei heraus vorgeworfen worden, sie habe mit solcherlei Schnickschnack lediglich Verwirrung unter den eigenen Anhängern gestiftet.

Bernhard Schmid (Paris) ■

1 Vgl. http://hebdo.nouvelobs.com/hebdo/parution/p2237/articles/a354707-f1_ne_veut_plus_de_noachovitch.html

2 Vgl. http://www.20minutes.fr/article/205323/France-Voitures-brulees-le-ministere-de-l-Interieur-rectifie-le-tir.php

Viermal rechte Hetze

Zu Beginn des neues Jahres erwartet Schüler aus ganz NRW eine braune Überraschung: Es erscheint bereits die vierte Ausgabe von „Objektiv“, der rechten Schülerzeitung aus dem Hause Pro Köln. Doch diesmal wird sie von der Jugend von Pro NRW herausgegeben und erscheint landesweit. Und handelt sich zum wiederholten Male Ärger wegen einer Werbeanzeige ein.

Waren die ersten drei Ausgaben noch nur in Köln erschienen, so soll nun jede Schülerin und jeder Schüler von Bonn bis Bielefeld mit ausländerfeindlicher Hetze verführt werden. Inhaltlich haben die Damen und Herren nichts wirklich Neues zu bieten. Von rassistischen Vorurteilen getränkte Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund, plumpe Politiker-Schelte auf Bild-Zeitungsniveau und Geschichtsrevisionismus wechseln sich ab. Verloren wirkt da ein naturwissenschaftlicher Artikel über schwarze Löcher, denn er ist dieses Mal der einzige nicht-politische der Zeitung. Auf Filmrezensionen oder Ausflugstipps hat man dieses Mal ganz verzichtet. Da stellt sich doch die Frage, mit welcher Berechtigung sich das Ganze noch „Schüler- und Jugendzeitung“ nennt. Wahlkampfmaterial oder Parteiwerbung wäre wohl passender. Was steht denn nun genau drinnen?

Das Titelblatt fällt vor allem durch schlechte Wortspiele („Lass dich nicht linken! Komm auf den rechten Weg!“) und xenophobe Phrasen („Kopftuchfreie Schule!“) auf. Den Auftakt des Textteils bildet ein Aufsatz über Liberalismus, der auf völkischem Denken basiert und eindeutig zeigt, wessen Geistes Kind die Schreiberlinge des Blattes sind. Mit der Vergangenheit beschäftigt sich das Pamphlet: „Ein deutsches Trauerspiel: Die vergessenen Verbrechen an den Deutschen“. Zwar hält sich die Autorin mit offenem Revisionismus zurück, Ausdrücke wie „die andere Wahrheit, die heute keiner hören will“ oder „Schandtaten der Kriegssieger“ sprechen jedoch für sich. Und – wen überrascht es? – gleich drei Seiten hat man dem Lieblingsthema gewidmet: dem Moscheebau in Köln-Ehrenfeld.

Doch besonderes Aufsehen dürfte bei vielen die letzte Seite erregt haben: Dort prangt eine Anzeige des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad- Club). Etwa schon wieder eine öffentliche Organisation, die Werbung für die Rechten macht? Moment, da war doch was. In den vergangenen Ausgaben hatte sich Pro Köln mächtigen Ärger eingeheimst, indem man frei erhältliche Annoncen der Jugend des Roten Kreuzes und anderer Verbände in die Zeitung druckte, obwohl Rassismus wohl kaum mit deren Selbstverständnis vereinbar ist. Man sollte ja meinen, die Damen und Herren hätten daraus gelernt. Doch offensichtlich war das nicht der Fall. Auf eine kritische Anfrage von Die Linke. NRW gab der ADFC folgende Stellungnahme:

„Der ADFC hat die dort erschienene Anzeige weder bezahlt noch beauftragt. Es handelt sich vielmehr um eine so genannte „Freianzeige“, die ohne unser Wissen von der Website des ADFC-Bundesverbandes heruntergeladen wurde. ... Wie wir inzwischen in Erfahrung bringen konnten, sind wir übrigens nicht die ersten Opfer. Bereits in früheren Ausgaben hat sich ‚Objektiv‘ solcher Freianzeigen anderer Organisationen bedient. Um einen solchen Missbrauch zukünftig zu verhindern, sind die druckfähigen Dateien inzwischen von der Website entfernt worden. Sie werden jetzt nur noch auf Anforderung verschickt, so dass eine Identifikation der Anfrager möglich ist.“

Rassistische Hetze, Missbrauch von Anzeigen, Parteiwerbung im Tarnmantel einer Schülerzeitung… geändert hat sich seit der ersten Ausgabe nichts in der Welt von „Objektiv“. Man darf also gespannt auf Ausgabe 5 warten, oder besser noch: hoffen, dass es diese niemals geben wird…

Benjamin Wernigk ■

200 Teilnehmer bei Demonstration gegen Abschiebung in Berlin

Berlin. Am 5. Januar zogen rund 200 Menschen durch Berlin-Köpenick zum Abschiebegewahrsam in der Grünauer Straße. Anlass war der Tod eines 28-jährigen Abschiebehäftlings aus Tunesien, der am Neujahrsmorgen an den Folgen seines Suizidversuchs gestorben war.

Begleitet von einem Großaufgebot der Polizei, verlief die Veranstaltung bis zum Ende ohne Zwischenfälle. Vor dem Abschiebegewahrsam wurden von einem Teilnehmer Blumen niedergelegt. Über den Lautsprecherwagen wurden Grußbotschaften in mehreren Sprachen an die Insassen gesendet. Diese reagierten positiv auf die Solidaritätsbekundungen, winkten und riefen den Demonstranten zu.

Tina Böhm, vom Antifaschistischen Bündnis Süd-Ost (ABSO) erklärt dazu:

„Für uns war die Demonstration ein Erfolg. Trotz der kurzen Mobilisierungszeit konnten wir den Suizid und dessen Ursachen sowie unsere Solidaritätsbekundungen wirkungsvoll in die Öffentlichkeit tragen." Die Demonstration richtete sich vor allem gegen die Ursachen des Suizids: Abschiebungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit. „Wir fordern ein uneingeschränktes Bleiberecht für jede und jeden! Einer Logik, wonach Menschen eine Aufenthaltsgenehmigung brauchen, wollen und können wir nicht akzeptieren." sagte Böhm. Die Aktion war Teil der bundesweiten Antirassismus-Kampagne De*Fence.

Tina Böhm
Pressesprecherin des Antifaschistischen Bündnis Südost - Berlin

Behörden behindern Nachzug von Flüchtlingskindern

Berlin. In einer Kleinen Anfrage (16/7634) hat sich die Fraktion DIE LINKE. über die Praxis von DNA-Tests beim Nachzug von Kindern zu ihren Eltern nach Deutschland erkundigt. Demnach müssen Eltern aus den meisten Entwicklungsländern mit DNS-Abstammungsgutachten ihre Elternschaft nachweisen. Diese Regelung gilt auch für anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge. Dazu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:

Auch Asylberechtigte und Flüchtlinge müssen 200 - 500 Euro bezahlen, wenn sie per Gutachten die Abstammung ihrer Kinder nachweisen wollen. In den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge erkennen die deutschen Auslandsvertretungen dort ausgestellte Dokumente generell nicht an. Das DNS-Abstammungsgutachten ist die einzige Möglichkeit für die Eltern, gegenüber den deutschen Auslandsvertretungen ihre Elternschaft zu beweisen. Das ist eine ungeheuerliche Verletzung des grundgesetzlichen Schutzes der Familie.

Gerade Flüchtlinge und Asylbewerber dürften große Schwierigkeiten haben, entsprechende Geldbeträge zu beschaffen. Nach ihrer Ankunft in Deutschland sind eigene Ersparnisse meist verbraucht, im Anerkennungsverfahren gibt es lediglich die reduzierten Sozialhilfesätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Ein Abstammungsgutachten bedeutet für die Flüchtlinge eine unzumutbare finanzielle Härte.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass in Deutschland Zuwanderungsbegrenzung weiterhin Priorität vor dem Schutz des Familienlebens hat. Zumindest für Flüchtlinge sollten bei der Familienzusammenführung deutliche Erleichterungen geschaffen werden.

Berlin, den 9. Januar 2008
Ulla Jelpke, MdB ■

Broschüre erschienen

Göttingen. Mit der Broschüre „No Residenzpflicht in Germany or anywhere" gibt der Förderverein The Voice e. V. einen Einblick in den Kampf gegen die Residenzpflicht. Die Broschüre dokumentiert Texte, Reden, Aufrufe und Interviews, die aus der Kampagne gegen die Residenzpflicht heraus entstanden sind. Die Broschüre enthält Prozessbeobachtungen zu Verfahren, in denen es um Verletzungen der Residenzpflicht ging, sowie Selbstzeugnisse von Betroffenen.
Die 40-seitige Broschüre ist zu beziehen bei: Förderverein The Voice e.V., Geismaer Landstr. 19, 37083 Göttingen
e-mail:
THE_VOICE_goettingen@gmx.de ■

Flüchtlingsrat: Niedersachsen soll sich ein Beispiel an Bayern nehmen

Hannover. Bei der Umsetzung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung gibt es Probleme: Viele Flüchtlinge, die aufgrund ihres langjährigen Aufenthalts eigentlich unter die Bleiberechtsregelung fallen könnten, erhalten unter Hinweis auf vorliegende „Ausschlussgründe" kein Bleiberecht. „Es kann nicht sein, dass mit dem irreführenden und falschen Argument, eine Einwanderung in die Sozialsysteme müsse verhindert werden, unerfüllbare Anforderungen an die Bleibeberechtigten gestellt werden", erklärte der Vorsitzende des Nds. Flüchtlingsrats Norbert Grehl-Schmitt auf einer Flüchtlingskonferenz am 30.11. in Osnabrück. „Niedersachsen hat sich oft an Bayern orientiert. Warum sollten wir uns nicht auch bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung ein Beispiel an Bayern nehmen", so Grehl-Schmitt weiter. Ausdrückliche Unterstützung erhielt Grehl-Schmitt dabei von Sozialpolitiker/innen aller Parteien in Niedersachsen.

Mit dem zweiten Änderungsgesetz zum Zuwanderungsgesetz am 22.8.2007 ist die gesetzliche Bleiberechtsregelung in Kraft getreten. Die Landesregierung hat dazu am 11.9.2007 den Ausländerbehörden Empfehlungen zur Verfügung gestellt. Beispielsweise sollen Flüchtlinge trotz eines Arbeitsnachweises mit der Begründung abgelehnt werden können, eine spätere „auskömmliche Rente" sei nicht sichergestellt. Ein ergänzender Bezug öffentlicher Leistungen wird auch bei Härtefällen (z.B. Alleinerziehenden) weitgehend ausgeschlossen, und selbst geringfügige Vergehen unterhalb der vom Gesetzgeber festgelegten Grenze von 50 bzw. 90 Tagessätzen sollen eine Ablehnung begründen können.

Dreh- und Angelpunkte sind die nahezu vollständige Sicherstellung des Lebensunterhalts und die hartherzige Sanktionierung einer früheren „Verzögerung oder Behinderung einer Abschiebung".

Niedersachsen grenzt sich damit vom Bundesinnenministerium ab, das nicht nur einen erheblich größeren Spielraum für die Gewährung ergänzender öffentli-

cher Leistungen einräumt, sondern in seinen Anwendungshinweisen zur Beurteilung von Ausschlussgründen ausdrücklich auch einen „großzügigen Maßstab“ angelegt wissen will. Andere Länder – wie z.B. Bayern – legen die Bleiberechtsregelung weniger engherzig aus: „Würde man all jene von der Bleiberechtsregelung ausschließen, die während ihres langjährigen Aufenthalts zu irgendeinem Zeitpunkt gegen Mitwirkungspflichten verstoßen oder das Verfahren nicht zügig genug betrieben haben, würde die Regelung weitgehend ins Leere laufen“, stellt das bayerische Innenministerium in seinem Ausführungserlass fest und empfiehlt, den Flüchtlingen „im Hinblick auf ihre Integrationsbemühungen eine neue Chance“ einzuräumen, selbst wenn sie in der Vergangenheit „ihre Rückführung verhindert“ haben. Der Vorrang humanitärer Aspekte vor ordnungspolitischen Spitzfindigkeiten muss dringend und schnell auch in Niedersachsen gelten. Der Flüchtlingsrat ruft deshalb dazu auf, die Umsetzung eines großzügigen Bleiberechts zu einem Wahlprüfstein bei der kommenden Landtagswahl zu machen.

Quelle: Presseinformation Nds. Flüchtlingsrat 9.12.2007 ■

PRO ASYL: Über 100.000 Menschen werden um Existenzminimum geprellt

BERLIN. Obwohl die Sozialleistungen für Asylsuchende und andere Flüchtlinge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz seit Inkrafttreten des Gesetzes im November 1993, also seit 14 Jahren, nicht erhöht wurden und inzwischen um 35 % unter dem Niveau der Sozialhilfe liegen, will die Bundesregierung die Beträge auch künftig nicht erhöhen. Dies ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (BT-Drucksache 16/7365). Die Regierung bekennt sich damit zur Fortsetzung einer Politik, mit der die Betroffenen um ihr Existenzminimum geprellt werden.

Jeder weitere Anstieg der Verbraucherpreise ohne Erhöhung der Asylbewerberleistungen vergrößert das Problem. Seit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes vor 14 Jahren sind die Preise um 22,5 % gestiegen, wie sich aus der Antwort der Bundesregierung ergibt. Wer eine Begründung für das rekordverdächtige Ausbleiben jeder Erhöhung seit 1993 erwartet, wird enttäuscht. Es gibt keine.

Mit einer Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes hat sich seit Ende August 2007 die Lage noch verschärft. Die Bezugsdauer der gegenüber der Sozialhilfe drastisch schlechteren Leistungen wurde von 36 auf 48 Monate erhöht. Eine Reihe von Bundesländern nimmt eine missglückte Formulierung im Gesetz, in dem offenbar vergessen wurde, eine Übergangsregelung zu treffen, zum Anlass, auch seit weit mehr als 48 Monaten in Deutschland lebende Flüchtlinge erneut für 12 Monate auf die reduzierten (Sach-)Leistungen herunterzudrücken, obwohl sie bereits nach langjährigem Aufenthalt längst einen höheren Anspruch entsprechend der Sozialhilfe hatten.

Während das Existenzminimum in der Sozialhilfe und beim ALG II durch die Regelleistung von 347,- Euro/Monat gedeckt wird, erhalten Flüchtlinge nur 224,97 Euro/Monat. Davon werden vielerorts lediglich 40,90 Euro als Bargeld gewährt, das den gesamten monatlichen Bedarf an Fahrscheinen für öffentliche Verkehrsmittel, Telefon, Porto, Rechtsanwalt, den Schulbedarf der Kinder usw. abdecken soll. Der Rest wird in Form von Kleidungs- und Lebensmittelgutscheinen oder Essenspaketen erbracht.

Befragt, was die Bundesregierung zu tun gedenke, um zu vermeiden, dass Betroffene auch nach vielen Jahren wieder auf das Mangelversorgungsniveau des Asylbewerberleistungsgesetzes zurückverwiesen werden, erklärt die Bundesregierung, dies sei nach dem „eindeutigen“ Wortlaut des AsylbLG zulässig.

Die seit 14 Jahren laufende, sich ständig verschärfende leistungsrechtliche Ausgrenzung von Asylsuchenden wird unter Rot-Schwarz perfide perfektioniert. Betroffen von der dreisten Entrechtung sind auch fast 50.000 Kinder, die in die Minderversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einbezogen sind. Sie erfahren eine massive Diskriminierung, die ihr Leben prägt.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 14. Dezember 2007 ■

300 Menschen bei einer Demonstration gegen Abschiebungen

HANNOVER. Etwa 300 Menschen demonstrierten am 8.12. durch die Innenstadt von Langenhagen (bei Hannover), am Flughafen Hannover und vor dem Abschiebegefängnis, das sich auf dem Flughafengelände befindet. Die DemonstrantInnen wandten sich mit Parolen, Transparenten und Redebeiträgen gegen die deutsche Asylpolitik und für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht. VeranstalterInnen bewerten die Demo als Erfolg. Dem inhumanen Abschiebesystem so direkt gegenüber zu stehen wie am Flughafen, ist eine Ohnmachtserfahrung. Vor diesem Hintergrund bewerten wir die 300 TeilnehmerInnen als vollen Erfolg so Sonja Brünzels, Sprecherin des Bündnisses.

Hintergrund der Demonstration ist der Todestag des damals 17-jährigen Arugumasamy Subramaniam, der sich im Jahr 2000 aus Angst vor der drohenden Abschiebung nach Sri Lanka im Abschiebegefängnis erhängt hatte. Neben der Angst vor den Bedingungen in ihrem so genannten Heimatland ist für viele Betroffene, die zum Teil bereits gefoltert wurden, die Situation der Haft besonders belastend.

Die Demonstration wandte sich in diesem Jahr nicht nur als Zeichen der Solidarität an Menschen, die unschuldig inhaftiert ihrer Abschiebung entgegensehen müssen. Eine zusätzliche Demonstration in der Langenhagener Innenstadt hatte das Ziel, Menschen vor Ort für die Situation der Häftlinge ganz in ihrer Nähe zu sensibilisieren.

Aufgerufen hatte das Bündnis gegen Abschiebung, dem neben flüchtlingssolidarischen Gruppen, dem Café Monopol aus Langenhagen, Gewerkschaftsgruppierungen und dem AStA der Universität Hannover, zahlreiche antifaschistische Gruppen angehören. Zur Demo führt Brünzels aus: „Wir wollen den Menschen, die im Gefängnis sitzen und einer unsicheren Zukunft entgegenblicken zeigen, dass sie nicht alleine sind. Draußen gibt es Menschen, die sich für sie einsetzen und ihr Schicksal nicht ignorieren.“

Im Vorfeld der Demonstration hatte das Bündnis mit der Plakatausstellung „Menschen ohne Papiere“ von „Kein Mensch Ist Illegal Köln“ zum Thema Flucht, Migration und Antirassismus eine breite Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert. Die 80 Plakate waren unter anderem in der Universität Hannover zu sehen. Einzelne Plakate hingen in zahlreichen Kneipen und Jugendzentren. Die Ausstellung wurde von zahlreichen inhaltlichen Veranstaltungen begleitet.

Quelle: Antifaschistische Aktion Hannover, 8.12.07 ■

Kritik an Umsetzung der Bleiberechtsregelung

BERLIN. Rund ein Jahr nach dem Bleiberechtsbeschluss der Innenministerkonferenz (IMK) ist der Aufenthalt der meisten langjährig Geduldeten auch weiterhin unsicher. Entgegen früherer Ankündigungen der Ressortchefs von Bund und Ländern seien bis Ende September nur 20.000 statt der erwarteten 60.000 Aufenthaltsgenehmigungen erteilt worden, kritisierte die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl in Berlin. Zudem ergäben sich bei der Erteilungspraxis der Behörden ganz erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen oder ganzen Bundesländern.

Im November 2006 hatten sich die Innenminister der Länder auf ein dauerhaftes Bleiberecht für geduldete Ausländer geeinigt, die mehr als sechs Jahre in Deutschland leben und bis 2009 eine Arbeitsstelle nachweisen können. Dadurch, dass sich die Innenminister bei ihrer

Herbsttagung nicht mehr mit diesem Thema beschäftigen wollten, vermieden es die politisch Verantwortlichen, sich mit den Folgen ihres Tuns auseinander zu setzen, kritisierte Pro Asyl. Ebenso stelle es ein Versäumnis dar, sich nicht über den weiteren Umgang mit Flüchtlingen aus bestimmten Herkunftsländern zu verständigen.

So sei angesichts der unsicheren Lage im Nordirak und im Kosovo ein Abschiebestopp für Menschen aus diesen Regionen notwendig, forderte Pro Asyl. Ebenso müssten die Bundesländer einer Empfehlung des Bundesinnenministeriums folgen, wegen des Bürgerkriegs in Sri Lanka einen formellen Abschiebestopp für Tamilen aus dem Norden und Osten des Landes zu verhängen.

Quelle: epd 6.12.2007 ■

Überfällige Quittung der EU-Kommission für mangelhafte Flüchtlingspolitik

Anlässlich des Berichts der EU-Kommission zur mangelhaften Umsetzung der EU-Flüchtlingsaufnahmerichtlinie in Deutschland erklärt Josef Winkler, migrationspolitischer Sprecher der Grünen: „Die Bundesregierung erhält nun die Quittung für ihre nicht europarechtskonforme Änderung des Zuwanderungsgesetzes. Selbst die vereinbarten humanitären Mindeststandards bei der Flüchtlingsaufnahme werden von Deutschland nicht eingehalten. Ein Skandal, auf den Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen seit langem hinweisen.

Die EU-Kommission beanstandet, dass Deutschland seinen Verpflichtungen nach der EU-Richtlinie zur Aufnahme von Flüchtlingen nicht gerecht wird. Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge wie etwa unbegleitete Minderjährige oder Folteropfer, erhalten nicht die Behandlung, die ihnen nach verbindlichem Europarecht zusteht. Diese Peinlichkeit hätte sich die Bundesregierung ersparen können. In der Beratung um das neue Zuwanderungsgesetz hatten die im Innenausschuss angehörten Sachverständigen erst im Juni 2007 eindringlich auf entsprechende Mängel im Gesetzentwurf der Bundesregierung hingewiesen. Wir hatten Änderungsanträge für eine europarechtskonforme Umsetzung vorgelegt. Schwarz-Rot hat sie alle abgelehnt.

In einem weiteren von der Kommission kritisierten Punkt geben wir der Koalition die Chance zur schnellen Korrektur. Damit Minderjährige nicht mehr in Aufnahmeeinrichtungen für Erwachsene untergebracht werden, fordern wir die Bundesregierung in einem Antrag auf, endlich die Vorbehalte gegenüber der UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen. Diesem Antrag, den die Koalition seit über einem Jahr in den Ausschüssen versauern lässt, kann die Koalition einfach zustimmen und damit einem möglichen Vertragsverletzungsverfahren aus Brüssel entgehen“

Quelle: Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen NR. 1288/2007, 27.11.2007 ■

Studie – Milieus der Zuwanderer: Ergebnisse einer Sinus-Studie

„Die Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind keine soziokulturell homogene Gruppe. Vielmehr zeigt sich eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft.“

„Die Migranten-Milieus unterscheiden sich weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben. Dabei finden sich gemeinsame lebensweltliche Muster bei Migranten aus unterschiedlichen Herkunftskulturen.“

Das sind zwei Ergebnisse einer Milieustudie, die von Sinus Sociovision im Herbst letzten Jahres vorgestellt wurde. In Auftrag gegeben hatte die Untersuchung ein Gremium aus Politik, Medien und Verbänden, darunter das Familienministerium und der Südwestrundfunk. Basis der Studie bilden über 100 mehrstündige Tiefeninterviews mit Menschen mit Migrationshintergrund. Dieser qualitative Forschungsansatz bietet inhaltliche Schlüsse, ist aber nicht im statistischen Sinn repräsentativ.

In der Studie wurden acht unterschiedliche Milieus identifiziert. Die meisten Milieus seien um eine Integration bemüht und verstünden sich als Teil der multikulturellen deutschen Gesellschaft.

Drei der acht Milieus wiesen laut der Studie starke Assimilierungstendenzen auf, in drei weiteren finden sich Tendenzen einer Abschottung gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Der Grad an Integration hängt danach wesentlich vom Bildungsniveau und der Herkunftsregion ab. Je höher das Bildungsniveau und je urbaner die Herkunftsregion, desto leichter gelänge die Integration. Die Herkunftskultur habe auf das Milieu – was bereits auch aus den eingangs zitierten Ergebnissen hervorgeht – keine wesentliche Prägung.

Quelle: Publikation „Forum Migration Januar 2008“ ■

2. Black African Conference am 6.1. in Dessau

DESSAU. In den letzten Jahren ist die afrikanische Community in Deutschland immer wieder auf die Straßen gegangen, um sich Gehör zu verschaffen: Sie protestierte gegen die Laxheit der deutschen Exekutive, der Legislative und der Gerichte und forderte, dass zügig gegen an Schwarzen erübte „Hassverbrechen“ sowie Rassismus vorgegangen werden muss. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Oury Jalloh, der in der Polizeizelle in Dessau getötet wurde. Vor drei Jahren wurde Oury Jalloh von Dessauer Polizeibeamten, nachdem er schwer verprügelt worden war, in einer Zelle eingeschlossen. Diese Zelle ging später in Flammen auf. Obwohl Polizisten anwesend waren, rettete niemand Oury Jalloh. Im Gegenteil, die Lautstärke des Alarms wurde heruntergestellt und Oury Jalloh verbrannte. ... Polizei und die Gerichte gehen äußerst langsam vor, wenn ein Verbrechen an einem Afrikaner oder einem Schwarzen aufgeklärt werden soll. Sie tragen dazu bei, Afrikaner und Schwarze als die Kriminellen darzustellen, die ausgegrenzt und diskriminiert werden sollen.
... Wir fordern:
1. Die sofortige Änderung der Anklageschrift in Mordanklage, nachdem wir während des Prozesses beobachtet haben, dass es abwechselnd um ein, zwei oder gar kein Feuerzeug ging und dass eine Videoaufnahme von der Polizei verschwunden ist, die nach dem Mord an Oury Jalloh in der Zelle aufgenommen wurde. Auch wegen der Lügen und Vertuschungen von Seiten der PolizeibeamtInnen und wegen der Verschleppung seitens der Justiz und der vielen anderen offenen Fragen im Laufe des Prozesses.
2. Die sofortige Entlassung des nach Köthen versetzten Chefs des Polizeireviers Dessau, Herrn Polizeidirektor Gerald Kohl, und die sofortige Entlassung von Frau Polizeipräsidentin Brigitte Scherber-Schmidt, die früher in der Polizeidirektion Dessau-Roßlau veranwortlich war und die seit dem 1. September 2007 ins Innenministerium Sachsen-Anhalt versetzt wurde und die sofortige Entlassung aller beteiligten Polizisten. Aufgrund der Ermittlungen steht es für uns fest, dass es sich um einen organisierten Mord handelt.
3. Eine Entschädigung an die Familie von Oury Jalloh, insbesondere die Gewährleistung einer Erziehung, die die afrikanischen Wurzeln des Kindes von Oury Jalloh berücksichtigt.
4. Ein Ende der rassistischen Polizeikontrollen gegen Schwarze Menschen und die Wiedereröffnung der Fälle Dominique Kouamadio (Dortmund), Laye-Alama Condé (Bremen), John Achidi (Hamburg), N’deye Mareame Sarr (Aschaffenburg) und aller anderen, wo die Ermittlungen schon abgeschlossen sind.
5. Gerechtigkeit für die afrikanischen Opfer des institutionellen Rassismus und Opfer der Polizeigewalt.
6. Die Anerkennung der Existenz von Rassismus gegen Schwarze Menschen in Deutschland und die Verankerung der Entschädigung von Schwarzafrikanischen Opfern des Rassismus im Nationalen Aktionplan zur Bekämpfung von Rassismus (NAP). *http://thevoiceforum.org* ■

„NPD sollte sich in „Nationalistisch-Sozialistische Partei“ umbenennen“

Neues Buch zur NPD aus der Feder eines konservativen Autors gibt viele gute Argumente gegen die rechtsextremistische Partei

Von Thomas Klaus

Über den Verlag, in dem das Buch „Die neue NPD – Antidemokraten im Aufwind“ von Dr. Harald Bergsdorf erschienen ist, kann man sich streiten. Schließlich sind im Olzog-Verlag in München bereits mehrere Bücher erschienen, deren Inhalt aufgrund von vermeintlicher oder tatsächlicher Rechtslastigkeit heftig getadelt wurde. Und auch das politische Verständnis des Autors, in dem linker und rechter Extremismus gleichgesetzt werden, ist bekanntlich nicht „jedermanns Sache“. Dennoch kann das Bergsdorf-Werk für die kritische Auseinandersetzung mit der NPD sehr hilfreich sein – aufgrund seiner Fakten-Dichte und der unaufgeregten Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und angenehmer Schriftsprache.

Dr. Harald Bergsdorf ist Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, arbeitet im thüringischen Innenministerium. Er befasst sich in seiner Untersuchung schwerpunktmäßig mit der Geschichte der NPD, ihrer Strategie, Ideologie, Organisation und ihren Wählern. Und er entwickelt ein Zwölf-Punkte-Programm gegen die NPD. Darin lehnt Bergsdorf ein Totschweigen der NPD ab, genau so wie eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit: „Niemals und nirgendwo darf es Kooperationen mit der NPD geben.“ Interessant ist das strikte Nein zu Veröffentlichungen von Demokraten in Presseorganen wie der „Jungen Freiheit“. Die „Junge Freiheit“ wolle Unterschiede zwischen Demokratie und Extremismus verwischen, möchte sich auf diese Weise akkreditieren: „Dazu sollte kein Demokrat beitragen.“

Verräterische Zitate von NPD-Funktionären

Das Fazit des Autors aus seiner intensiven Beschäftigung mit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“: Die NPD sollte sich ehrlicherweise umbenennen in „Nationalistisch-Sozialistische Partei in Deutschland“. Ein fruchtbares Betätigungsfeld habe sie vor allem in der ehemaligen DDR gefunden. Aus Sicht von Harald Bergsdorf bildet die sächsische NPD-Landtagsfraktion mit ihren Mitarbeitern das „ideologische, strategische und organisatorische Zentrum“ der Gesamtpartei – und das sogar noch vor der Bundesgeschäftsstelle in Berlin.

Die Wähler der NPD will der Autor nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Sie seien keine „reinen Protestwähler“, sondern „rechtsextreme Protestwähler“. Eine Stimmabgabe für Parteien wie die NPD werde vor allem durch eine „Kombination aus rechtsextremen Einstellungen, Parteienverdrossenheit und subjektiver Benachteiligung“ begünstigt.

Dankenswert ist die Analyse der Wahlversprechen seitens der NPD (Harald Bergsdorf: „Bis auf schönes Wetter versprechen die sozialen Forderungen der NPD fast alles, zumindest für deutsche Staatsbürger“), die vom Verfasser des 160-seitigen Taschenbuches durchdekliniert werden. Eine Schlussfolgerung lautet: „Bekäme die NPD die Chance, ihre Forderungen auch nur ansatzweise zu verwirklichen, explodierte die staatliche Verschuldung. Davon profitierten vor allem Banken und Reiche, die reicher würden. Die Regierungen müssten noch mehr Geld für den Schuldendienst aufwenden und zu den Banken tragen; damit bliebe noch weniger Geld, um zum Beispiel Bedürftige zu fördern und zu unterstützen, aber auch weniger Geld für Zukunftstechnologien und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Wirtschaftliche und soziale Probleme würden gravierender statt geringer.“

Spannend ist die Lektüre von „Die neue NPD – Antidemokraten im Aufwind“ nicht zuletzt aufgrund mancher „verräterischer“ Zitate von NPD-Funktionären, die man nicht „alle Tage“ findet. Ein Beispiel ist eine Äußerung des NPD-Bundesvorstandsmitgliedes Frank Schwerdt zur Gründung der Bundesrepublik. Für ihn war sie ein illegitimer Akt der Siegermächte, die mit einer „Handvoll williger Kollaborateure ... den Deutschen die als Grundgesetz bezeichnete ‚Verfassung‘ von oben aufdrückten“. Brisant ist ebenso das Statement von Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen und Chefredakteur des Parteiorgans „Deutsche Stimme“, wonach es „einen verächtlicheren Staat“ als die Bundesrepublik „auf deutschem Boden noch nie gegeben“ habe. Dr. Harald Bergsdorf hat eine Reihe solcher Zitate „ausgegraben“, die die NPD als verfassungsfeindlich und gefährlich demaskieren helfen. In diese Liga gehört auf jeden Fall auch ein Auszug aus einer NPD-Broschüre zur Bundestagswahl 2005, gedacht für Kandidaten und Funktionsträger. Darin heißt es: „Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und die ewigen Finanzforderungen des Zentralrates der Juden in Deutschland zu kritisieren... Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuldkult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Ebenso muss die psychologische Kriegführung jüdischer Machtgruppen gegen das deutsche Volk unverzüglich beendet werden.“

Harald Bergsdorf: Die neue NPD – Antidemokraten im Aufwind. Paperback, 160 Seiten, ISBN 978-3-7892-8228-7, Preis: 14 Euro

ZAKO – ein neuer ver.di-Arbeitskreis gegründet

Im Oktober 2007 beschloss der 2. ver.di-Bundeskongress in Leipzig die Bildung eines zentralen Arbeitskreises gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Dieser Arbeitskreis soll Aktivitäten koordinieren, Sachkenntnisse und Erfahrungen bündeln sowie Handlungshilfen erarbeiten und bereitstellen.

Gesagt, getan: Vom 9.11. bis 11.11.2007 haben sich 25 engagierte ver.di-Mitglieder in Gladenbach getroffen und die erste Sitzung des Arbeitskreises durchgeführt. Hier wurden konkrete Vereinbarungen zur Struktur und zur inhaltlichen Ausrichtung diskutiert und auf den Weg gebracht. Schwerpunkte liegen, genau so wie es der Auftrag durch den Kongress war, bei der Koordinierung und der Vernet-zung. Der Name ist auch schon geboren worden: ZAKO, heißt: „Z“entraler „A“rbeits„K“reis „O“ffensiv gegen Rassismus und Rechtsextre-mismus. „Ich glaube, wir sind auf dem richti-gen Wege, dieses wichtige Thema nunmehr aktiv zu behandeln. Die Plattform dafür ist nun geschaffen“ so Sabine Heins, eine der Gründerinnen des Arbeitskreises.

Auch im internationalen Bereich hat ZAKO schnell reagiert: Vom 15.11. bis 17.11. 2007 fand ein Treffen mit Vertretern der englischen Gewerkschaft UNISON und Vertretern von ver.di in Manchester statt. Hier wurde unter anderem auch über das Thema „Aktiv gegen Rechts“ gesprochen. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem vereinigten Königreich schilderten ihre Erfahrungen und stellten ihre Projekte vor. Auch ver.di hat zu einem erfolgreichen Austausch beigetragen: „Welche Möglichkeiten hat ein Betriebsrat im Umgang gegen Diskriminierung?“ war das Thema, über das referiert wurde. Andreas Buderus und Martin Panberg, beide Mitglieder des Koordinierungsteams vom ZAKO, sehen in der Zusammenarbeit eine Perspektive, durch internationale Solidarität gegen rechts zu handeln.

Das nächste ZAKO-Treffen ist vom 22. bis 24. Februar 2008 in Gladenbach.

Kontakt zu ZAKO gibt es über: ver.di-Bundesverwaltung Politik und Planung Uwe Wötzel Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Email: politik-und-planung@verdi.de Telefon 030 6956 1036

Soldatengottesdienst im Kölner Dom

Als Kardinal Meisner am 10. Januar morgens in geistlich-militärischer Begleitung über die Domplatte auf das Hauptportal zuschritt, kam ihm der Tod aus dem Dom entgegen. Gegner seiner jährlichen Segnung der Kriegspolitik vor hunderten von Soldaten und deren „Kriegsoberhaupt“ Jung erwarteten im Dom deren Ankunft.

www.arbeiterfotografie.com

Überraschend legten 15 Tote ihre Mäntel ab und schritten in Skelett-Kostümen mit einem Transparent „Der Tod dankt für die gesegnete Ernte“ durch den Mittelgang aus dem Dom. Meisner näherte sich mit schmerzlich verzogenem Gesicht dem Ergebnis seiner Kriegspredigten. Zehn Meter vor dem Zusammentreffen drückte eine größere Zahl von Polizistinnen und Polizisten die Gruppe aus Meisners Richtung.

Hinter einer weiträumigen Polizeiabsperrung kommentiert eine wütende Menge die Ankunft von Kardinal Meisner und „Kriegsminister“ Jung mit lautstarken Parolen und unbequemen Gesängen.

Im Dom sind derweil die Feldjäger der Bundesarmy mit versprengten Einheiten der einzig wahren Clowns-Rebel-Army beschäftigt. (siehe auch http://de.indymedia.org./2008/01/204686.shtml)

Er warnte in seiner Predigt die vor ihm sitzenden Soldaten, „vor einem leichtfertigen Umgang mit dem menschlichen Leben“. In der bisherigen Logik des Kardinals hieß das: Erst beten, dann abknallen. Denn: „In betenden Händen sei die Waffe vor Mißbrauch sicher“, hatte der Gotteskrieger vom Rhein bereits 1996 geweissagt und Soldaten als „Verkünder der Wahrheit des Friedens“ gelobpreist. Die Wahrheit des meisnerschen Friedens lautet dabei ganz unverhohlen KRIEG. Und das ist voll und ganz kompatibel mit der bundesdeutschen Friedenspolitik.

Meisner zitierte in seiner Predigt 2008 aus einer Schrift von Papst Johannes XXIII, dass die Staatsgewalt „vor allem für das Gemeinwohl des Staates zu sorgen“ habe, „das von dem der ganzen Menschheitsfamilie gewiss nicht getrennt werden kann“. Meisner hatte dann hinzugefügt: „Das gilt auch unter militärischen Gesichtspunkten.“

Am Ende seiner Predigt forderte er, dass die Soldaten „sich mit ihrem Wissen und ihrer Kraft in den Dienst der einen, weltumspannenden Menschheitsfamilie stellen, um Unheil und Unrecht von ihr fernzuhalten“.

Einsatz der Bundeswehr im Inneren („Für das Gemeinwohl des Staates“) und Kriege führen in „Zentralasien“ („weltumspannende Menschheitsfamilie“): Meisner nutzte den Glauben seiner Zuhörerinnen und Zuhörer, ihnen – religiös gefiltert – zentrale Aussagen des letzten Weißbuches der Bundeswehr (2006) einzutrichtern. Dort legte die derzeitige Bundesregierung unter anderem fest: die Sicherheitspolitik Deutschlands wird insbesondere von dem Ziel geleitet, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern.“

Damit die vor ihm sitzenden Soldatinnen und Soldaten seine Sätze auch als ewig wahre glauben, bekräftigte Meisner als Grundlage seiner Ausführungen: „Seit es Menschen gibt, gibt es auch Soldaten.“ Ob’s geholfen hat?

bundeswehr-wegtreten
indymedia, 10.01.2008 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg– Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Neuer Vertriebenverband gegründet

Junge Freiheit Nr. 51/07 vom 14. Dezember 2007

Am 1. Dezember gründete sich in Triest die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen, dem unter anderem die Landsmannschaften Ostpreußen und Schlesien, Vertriebenenverbände aus Österreich, ein Verband italienischer Istrier und der Zentralrat der Armenier angehören. Präsident des EUFV ist der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg. Der Verband plant eine Niederlassung in Brüssel und will die Anerkennung als Nicht-Regierungsorganisation erreichen. Der Bund der Vertriebenen betrachtet die Gründung mit Misstrauen, von Gottberg kündigte jedoch an, das BdV-Präsidium werde erst Mitte Februar über eine Mitgliedschaft in der EUFV beraten. Die beiden deutschen Landsmannschaften gehören zum äußersten rechten Flügel der Vertriebenenverbände.

Erfolgloser Aufruf

Junge Freiheit Nr. 51/07 vom 14. Dezember 2007

Das Blatt hatte aufgerufen, ihm Berichte von Trümmerfrauen zu senden – geplant war eine Dokumentation über die Leistungen dieser Frauen. Es bekam keine Berichte – so weit, so schön. Doch nun macht Thorsten Hinz aus den nicht geschriebenen Berichten einen nationalistischen Mythos:

„Es erstaunt daher nicht, dass die Normalisierungshoffnungen, die sich an den allgemeinen Frohsinn während der Fußballweltmeisterschaft 2006 knüpften, enttäuscht wurden. Warum, so wird nun wieder gefragt, geht vom Wirtschaftswunder nach dem Krieg keine inspirierende und mythenbildende Kraft mehr aus? Und warum wird der Anteil der Trümmerfrauen am Wiederaufbau nicht gewürdigt? Als die Junge Freiheit jetzt dazu aufrief, Erlebnisberichte aus dieser Zeit einzuschicken, stellte sie fest, dass diese kollektiven Mythen meistenteils ungedankt geblieben sind – materiell sowieso, aber auch moralisch. Schlimmer noch: Der Versucht, die damals erbrachten Aufbauleistungen angemessen zu archivieren, kam bereits zu spät."

Erstens ist es für eine Gesellschaft unmöglich, kollektiven Mythen zu danken. Zweitens ist die Arbeit und die Leistung der Trümmerfrauen in vielen Städten archiviert und dokumentiert. Und drittens haben eben diese Frauen in ihrer Arbeit erlebt, welche grauenhaften Schäden der von Nazi-Deutschland angezettelte Krieg auch im eigenen Land angerichtet hat – warum sollen sie dann einem Blatt berichten, das diese Schäden für Verbrechen der Alliierten hält und nicht für Ergebnisse des Kampfs gegen den Faschismus?

EU-Vertrag Umsturzversuch?

Junge Freiheit Nr. 52/07-1/08 vom 28. Dezember 2007

Karl Albrecht Schachtschneider, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Erlangen, vertritt den CSU-Politiker Gauweiler vor dem Bundesverfassungsgericht in dessen Klage gegen die gescheiterte EU-Verfassung. Dieser Herr kommentiert im Blatt den Vertrag von Lissabon, mit dem die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten einen modifizierten Verfassungsvertrag beschlossen haben. Schachtschneider erklärt dazu: „Sie geben den Versuch des Umsturzes nicht auf. Wenn der Vertrag zu Geltung kommt, ist der Weg zur Diktatur geebnet … Ein schwacher Trost ist das Austrittsrecht. Welcher deutsche Politiker wagt, dieses ins Gespräch zu bringen? Dazu fehlt Deutschland die Souveränität. 13. Dezember 2007 – ein schwarzer Tag für Freiheit und Recht, Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat, für Deutschland und Europa."

40 Jahre 68 – verheerend?

Junge Freiheit Nr. 2/08 vom 4. Januar 2008

Doris Neujahr bewertet die 40 Jahre 68 als Machtergreifung der 68er-Generation: „Die Kapitulation ist heute total, was sich darin zeigt, dass – um die Weizsäcker-Perspektive umzukehren – das Jahr 1933 mit dem Jahr 1945 in einer derart zwanghaften Weise verkoppelt wird, als hätte es 1933 eine bewusste und folgerichtige Entscheidung der Deutschen für die furchtbare Destruktion gegeben, die 1945 offenbar wurde. Aus diesem ahistorischen, moralistischen Nexus leitet sich die innere und äußere Vormundschaft über Deutschland ab. Um es zuzuspitzen: Die geistig-kulturelle Hegemonie der 68er beruht darauf, dass es gar kein öffentliches Bewusstsein vom Jahr 1933 gibt, das diesen Namen verdient." Ein solches Bewusstsein müsse nämlich nach Neujahr zur Kenntnis nehmen, dass 1933 „auch einen schuldhaften internationalen Vorlauf" gehabt habe – sie meint die Niederlage im ersten Weltkrieg, die russische Revolution und die Versailler Verträge, die „schuld" sind am Aufkommen der nationalsozialistischen Herrschaft. Der deutsche Faschismus war hausgemacht und ist nicht durch internationalen Vorlauf entsstanden.

Koch liefert Steilvorlage

Junge Freiheit Nr. 3/08 vom 11. Januar 2008

Die Hetztiraden des hessischen Ministerpräsidenten gegen jugendliche Migranten liefern eine Steilvorlage für das Blatt, das sich auf drei Seiten der Behauptung widmet „Die Gewalt junger, männlicher Ausländer nimmt zu und wird immer brutaler" und seine altbekannten Tiraden gegen die Einwanderung, für Abschiebung und einen Staat der Deutschen publiziert. *UD* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendenkampagne

Bis zum 10.1.2008 wurden bereits 1210,– Euro gespendet. Vielen Dank!

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419507